

Cologne Economic History Paper

Universität zu Köln
Seminar für **Wirtschafts- und
Sozialgeschichte**

01-2007

Toni Pierenkemper

Friderizianischer Merkantilismus und preußische Industriepolitik in Oberschlesien 1740-1786

Cologne Economic History Paper
Ed.: Toni Pierenkemper/Alfred Reckendrees

Seminar für Wirtschafts- und Sozialgeschichte
Department of Economic and Social History
Universität zu Köln – D-50923 Köln
University of Cologne – D-50923 Cologne – Germany
pierenkemper@wiso.uni-koeln.de

Cologne Economic History Paper

Universität zu Köln

Seminar für **Wirtschafts- und
Sozialgeschichte**

01-2007

Toni Pierenkemper

Friderizianischer Merkantilismus und preußische Industriepolitik in Oberschlesien 1740-1786

Cologne Economic History Paper
Ed.: Toni Pierenkemper/Alfred Reckendrees

Seminar für Wirtschafts- und Sozialgeschichte
Department of Economic and Social History
Universität zu Köln – D-50923 Köln
University of Cologne – D-50923 Cologne - Germany
pierenkemper@wiso.uni-koeln.de

Toni Pierenkemper

Friderizianischer Merkantilismus und preußische Industriepolitik in Oberschlesien 1740-1786

Inhalt

1. Ideen und Erfolge staatlicher Merkantilpolitik im Deutschland des 17. und 18. Jahrhunderts	3
2. Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in Schlesien 1740-1786	11
3. Preußische Industriepolitik in Oberschlesien 1740-1786	20
Zitierte Literatur	29

Mercantilism in the Reign of Frederick II and Prussian Industrial Politics in Upper Silesia 1740-1786

In late 18th century Prussia, the conditions were laid down that were to form the basis of the economic upturn of the 19th century. This period of transition was marked by a break with the former “mercantilist” or “cameralist” system as it is termed in its specific German form of promotion of trade and industry by the state in the 18th century. It was not mercantilist policy but its avoidance that contributed considerably to the success of industrialisation beginning the late 18th century.

The Prussian political economy in the middle of the 18th century, labelled ‘Friederician Mercantilism’ according to Frederick II (1740-1786), is addressed in the context of the international mercantilist system (France and England). The traditional view of German economic history is that “Friederician Mercantilism” laid down the conditions for industrial development in the 19th century. The results of this paper are different: The mercantilist system impeded development and, combined with the King’s obstinacy in adhering to the system, did nothing to help pave the way for development into a modern industrial nation.

This is demonstrated using the example of the newly acquired Silesian province (1740), which was in no good economic state in the mid-18th century; and the first decades subsequent to Prussia’s acquisition were marked by the belligerent circumstances associated with its takeover. Later, “Friederician Mercantilism” only made a limited contribution to the transformation of Silesia into a modern industrial region. In spite of an active trade policy, the measures implemented by the Prussians in order to boost industry proved to be misdirected: financial, trade, and industrial policies emerged as irrelevant or even disadvantageous to the Silesian province. This was even more so the case for the Upper Silesian coal mining district, which was, over the course of the 19th century, to grow into a powerful industrial centre. The new Prussian administration completely underestimated this area’s potential for development. In the 1770s there was a broad discussion of the economic situation in Upper Silesia that resulted in state activity in the domain of the Upper Silesian iron industry. However, it was shaped by the state’s military and fiscal interests. “Friederician Mercantilism” had no perspective for economic development and it was only with the death of Frederick II in 1786 that the potentiality of Prussia’s and Upper Silesia’s development into a modern economy characterised by free enterprise emerged.

Friderizianischer Merkantilismus und preußische Industriepolitik in Oberschlesien 1740-1786

Der *Merkantilismus*, ein der Hauptgegenstand der älteren dogmenhistorischen Literatur¹, lässt sich inhaltlich nur schwer definieren. Der Begriff bezeichnet weder ein historisches Wirtschaftssystem, noch eine einheitliche zeitgenössische Wirtschaftstheorie.² Es handelt sich vielmehr um ein retrospektives Konstrukt der ökonomischen Dogmengeschichtsschreibung, die ihren Ausgangspunkt in der Kritik Adam Smiths am „mercantile system“³ seiner Zeit fand. *Merkantilismus* ist zunächst eine Sammelbezeichnung für die ökonomischen Ideen und Vorstellungen des 17. und frühen 18. Jahrhunderts. Allerdings zeichnet sich das ökonomische Denken dieser Zeit durch eine außerordentliche Vielfalt und Unterschiedlichkeit aus. Auch entstanden unterscheidbare nationale „Schulen“, die, selbst wiederum uneinheitlich, starken Veränderungen unterlagen.⁴ Zu Recht wurden den spezifischen nationalen Ausprägungen sogar unterschiedliche Bezeichnungen verliehen.⁵

So lagen den Ideen des *Merkantilismus* in Großbritannien spezifische Vorstellungen über eine Handelsbilanztheorie, des Reichtums und über einen Exportmonopolismus mit Devisenrestriktionen zugrunde.⁶ In jedem Fall richtete sich der merkantilistische Fokus auf der britischen Insel auf die Außenwirtschaft. In Frankreich dagegen stützte sich die dekretierte Wirtschaftstheorie und die praktische politische Administration auf die Ideen von Jean-Baptiste Colbert (1619-1683) und wurde daher später *Colbertismus* genannt.⁷ Hier sollte vor allem interne Gewerbeförderung den Außenhandel verstärken. Wieder anders stellte sich die Lage in den deutschen Territorien dar. Insbesondere im Habsburgerreich, aber auch an anderen deutschen Fürstenthöfen wurden sehr unterschiedliche Maßnahmen zur Bevölkerungssteigerung („Peuplisierung“) und Gewerbeförderung empfohlen. Da die Maßnahmen zumeist nur mit Hilfe staatlicher Fonds finanziert werden konnten, gab man dieser Denkrichtung später den Namen *Kameralismus*⁸, da die fürstlichen Kammern diese Politik zu tragen hatten.

1. Ideen und Erfolge staatlicher Merkantilpolitik im Deutschland des 17. und 18. Jahrhunderts

Gerade in der Habsburger Monarchie trugen im 17. Jahrhundert eine Reihe von Denkern⁹ zur Herausbildung einer spezifischen Form des *österreichischen Merkantilismus* bei. Wichtige Voraussetzungen wurden durch den großen österreichischen Staatsökonom Johann Joachim Becher (1635-1682)¹⁰ geschaffen, auf dessen Initiative 1666 u.a. das Wiener Kommerzienkollegium errichtet wurde. Auch ließ Becher 1671 in Wien ein Zucht- und Werkhaus errichten. Die Gründung von Manufakturen statt derartiger Zwangseinrichtungen erwies sich hingegen als weitaus schwieriger. Die geplante Errichtung eines als Vorbild gedachten Manufakturhauses konnte 1776 nicht gegen den Widerstand der örtlichen Gewerbetreibenden durchgesetzt werden.¹¹

¹ Aus der Fülle der Literatur die klassische Studie von Heckscher, *Mercantilism* (1931) sowie ders., *Mercantilism* (1936/37). Ein deutschsprachiger Überblick bei Blauch, *Epoche* (1973).

² Vgl. Mikl-Horke, *Soziologie* (1999), 285-293.

³ Smith, *Wohlstand*, 1974, 347-559. Adam Smith führt den Begriff zwar in die wissenschaftliche Diskussion ein, bezieht sich aber auf Mirabeau, vgl. Pribram, *Geschichte* (1992), 81f. Streissler, *Kameralismus* (1997), 185/86, Fn. 37 verweist darauf, dass der Begriff „système mercantile“ bereits bei Quesnay auftaucht; vgl. auch Bürgin, *Merkantilismus* (1982), 9-61.

⁴ Zu den unterschiedlichen Richtungen vgl. Pribram, *Geschichte* (1992), 81f.

⁵ Vgl. z.B. Lluch, *Kameralismus* (2000), 133-154.

⁶ Wegen des besonderen Fokus auf die Bedeutung des Edelmetallbestandes wurden die englischen Vertreter des frühen Merkantilismus auch „Bullionisten“ bzw. diese Denkrichtung als „Bullionismus“ bezeichnet. Vgl. dazu Pribram, *Geschichte* (1992), 93-108 und Klein, *Wirtschaftstheoretiker* (1973).

⁷ Vgl. Pribram, *Geschichte* (1992), 108-118.

⁸ Pribram, *Geschichte* (1992), 181-193.

⁹ Vgl. Dittrich, *Kameralisten* (1974) und Sommer, *Kameralisten* (1920/1925).

¹⁰ Vgl. Starbatty, *Becher* (1990), 70ff. und Hassinger, *Becher* (1951).

¹¹ Adler, *Anfänge* (1903), 32-36.

Philipp Wilhelm von Hörnigk¹² (1638-1712) trat noch nachdrücklicher als Becher für staatliche Initiativen im Rahmen der Gewerbeförderung ein. Er propagierte insbesondere das Verlagswesen als Instrument der Förderung der Gewerbeproduktion, allerdings mit mäßigem Erfolg auf die Wirtschaftslage in den habsburgischen Ländern im 17. Jahrhundert.

Die habsburgische Wirtschaftspolitik sah sich durch die politischen, militärischen und finanziellen Schwierigkeiten der Monarchie mehr und mehr auf den Weg einer merkantilistischen Staatswirtschaft gedrängt. Das Hauptgewicht der Bemühungen des Staates lag zweifellos auf der Handels- und weniger auf der Gewerbepolitik.¹³ Die Förderung des Exports und die Erschwerung ausländischer Wareneinfuhren bildeten die wesentlichen Empfehlungen „guter Polizey“, d.h. ordentlicher Politik. Die Herabsetzung von Ausfuhrzöllen, der Ausbau der Handelswege und die Gründung von Handelskompanien galten als probate Mittel, wobei die einzelnen Maßnahmen eher unsystematisch, der „jeweiligen Situation und Auffassung der leitenden Kreise“¹⁴ empfohlen und wirtschaftspolitisch angewendet wurden. Der Handelsvertrag Habsburgs mit der Hohen Pforte (1718) sollte den österreichischen Waren den Weg in den Orient öffnen. Darüber hinaus kam es zu zahlreichen Fabrikgründungen, die sich jedoch selten als langfristig lebensfähig erwiesen.¹⁵ Der Grund waren neben den wenig zukunftssträchtigen Produktionsbereichen und Produkten vor allem die staatlich gewährten Privilegien (Steuerfreiheit, Staatszuschüsse, Befreiung von Einquartierungen), deren Fortfall sofort die Konkurrenzfähigkeit dieser Einrichtungen gefährdete. Dem konnten auch die Merkantildeputationen und Kommerzkollegien nicht hinreichend entgegenwirken, die 1714 an die Stelle der in den einzelnen Habsburger Ländern gegründeten Kommerz-Deputationen traten.¹⁶ Karl Pribram schlussfolgert, dass der Versuch zur Schaffung einer wie auch immer gearteten Großindustrie zwischen 1740 und 1763 schlichtweg scheiterte.¹⁷

Merkantilistische Ideen fanden ebenso in der Politik preußischer Herrscher ihren Niederschlag. Doch auch hier bildete sich kein konsistentes System der Handels- und Gewerbepolitik heraus und blieben die entsprechenden Maßnahmen sowohl von den jeweils herrschenden Verhältnissen als auch den Anschauungen der Regenten entscheidend abhängig.¹⁸ Im Absolutismus des 17. Jahrhunderts entwickelte sich Preußen zu einem zentralistischen Militär- und Beamtenstaat.¹⁹ Es entstand eine „Staatswirtschaft“, in der wirtschaftliche und

¹² Vgl. Matis, Hörnigk (1997), 67-135 und Streissler, Hörnigk (1997), 139ff.

¹³ Neben den Arbeiten Bechers, insbesondere seinem „Politischen Diskurs: Von den eigentlichen Ursachen des Auf- und Abnehmens der Städte, Länder und Republiken“ aus dem Jahre 1668 sowie dem Werk Hörnigks „Österreich über Alles, wann es nur will“ von 1684, sind als wichtige Werke der zeitgenössischen merkantilistischen Literatur zu nennen: Von Senckendorff, Fürsten-Staat (1656) und Von Schröder, Rent- und Schatzkammer (1686); vgl. zu diesen Arbeiten Mikl-Horke, Soziologie (1999), 291-293 und Dittrich, Kameralisten (1974).

¹⁴ Mikl-Horke, Soziologie (1999), 52; vgl. auch Pribram, Gewerbepolitik (1907), VII, der ebenfalls feststellt, dass auch die Gewerbepolitik keinem integrierten Konzept folgte, sondern sich „in zahllosen einzelnen Entscheidungen und Verfügungen“ verzettelte.

¹⁵ Adler, Anfänge (1903), 57ff., berichtet von der Gründung einer Papierfabrik, einer Wollstrumpffabrik, einer Weinkörner-Ölfabrik, einer Maschinen- und Instrumentefabrik, einer Strumpfwirkfabrik, einer Seidenmanufaktur und einer Porzellanfabrik sowie von einer Kerzenfabrik in Fiume und einer Fabrik für Stricke und Taue.

¹⁶ Adler, Anfänge (1903), 57f. Vielleicht kann man die 1710 und 1713 in den Böhmisches Ländern gegründeten „Tuchfabriken“ und die 1723 ebendort errichtete „Baumwollfabrik“ von diesem negativen Diktum ausnehmen, vgl. ebd. 61.

¹⁷ Vgl. Pribram, Geschichte (1992), VIII.

¹⁸ Üblicherweise unterscheidet die Literatur zwischen drei Phasen des Merkantilismus in Preußen, den Anfängen einer „Staatswirtschaft“ unter dem Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm I. und Kurfürst Friedrich III. (später König Friedrich I.) von 1640-1713, den Ausbau und Höhepunkt der Staatswirtschaft unter Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. zwischen 1713 und 1786 und schließlich eine allmähliche Umorientierung und Reform der Staatswirtschaft in der Regierungszeit Friedrich Wilhelm II. und des III. bis zur Krise des Staates Preußen 1806; vgl. Kauffhold, Staatswirtschaft (1994), 49-59 und diesem folgend in Hinblick auf die westlichen Territorien: Gorißen, Handelshaus (2002), 85-107; Rachel, Frühkapitalismus (1931) unterscheidet in Bezug auf die Berliner Verhältnisse vier Stufen landesherrschaftlicher Wirtschaftspolitik und bezeichnet die Epoche zwischen 1640 und 1810 als Merkantilismus; Hassinger, Kräfte (1971), 618 unterscheidet für Preußen zwischen dem Frühmerkantilismus, dem Hoch- und dem Spätmerkantilismus; Rachel, Merkantilismus (1927), 221-266 [leicht gekürzt wieder abgedruckt bei Büsch/Neugebauer, Geschichte (1981), 951-993] unterscheidet sogar fünf Phasen des preußischen Merkantilismus zwischen 1640 und 1810 mit einer Phase schärfster Ausprägung unter Friedrich II. nach Ende des Siebenjährigen Krieges 1763-1786, Büsch/Neugebauer, Geschichte (1981), 952.

¹⁹ Zu den Problemen der Integration der heterogenen und z.T. zerstreut liegenden Brandenburg-Preußischen Landesteile Dietrich, Staat

politische Maßnahmen ineinander verwoben waren, weil die Wirtschaft sich noch nicht vom Staat emanzipieren konnte, noch nicht „liberal“ verfasst war. Der preußische Staat griff in vielfältiger Weise direkt und indirekt in die Wirtschaft ein; diese wirtschaftspolitischen Maßnahmen dienten vor allem einem politischen Zweck: die Macht des Staates zu befördern.²⁰ Die Staatsraison bestimmte also die Wirtschaftspolitik: „Man nennt diese die merkantilistische, weil ihr das Merkantile, die Förderung von Handel und Gewerbe, besonders wichtig war“.²¹

Der preußische Merkantilpolitik, die die Wirtschaftspolitik Brandenburg-Preußens zwischen ca. 1760 und 1800 entscheidend prägte und unter Friedrich II. (1740-1786) ihren Höhepunkt erlebte, zeichnete sich durch verschiedene Besonderheiten aus, vor allem natürlich durch ihre verhältnismäßig späte Entstehung und durch die Umsetzung unter ungünstigen Bedingungen (zerstreute Territorien, Mangel an Bodenschätzen, geringe Bevölkerungsdichte), aber auch durch unterschiedliche Ausformungen durch die jeweiligen Fürsten.

Der Große Kurfürst (1640-1688) orientierte sich zunächst stark am Vorbild Holland, um den trostlosen Zustand der Mark Brandenburg nach dem Dreißigjährigen Krieg zu heben. Er verfolgte eine gezielte Einwanderungspolitik, nahm u.a. eine große Zahl protestantischer Flüchtlinge auf und verband damit die Hoffnung auf eine Wiederbelebung des danieder liegenden Wollgewerbes sowie auf die Etablierung einer neuen Seidenindustrie. Trotz dieser ökonomischen Intention ruhte sein Hauptaugenmerk aber vornehmlich auf der Durchsetzung der Fürstenmacht gegenüber den widerstrebenden Ständen seiner heterogenen Territorien. Militärische und fiskalische Interessen dominierten daher seine Politik, wie z. B. in seinem politischen Testament von 1667 zum Ausdruck kommt.²² Für eine erfolgreiche Entwicklung der Wirtschaft fehlte es in Preußen an allem²³, so dass zunächst eine forcierte Peuplierungspolitik Menschen zur Ansiedlung, vor allem auf dem Lande anlocken sollte. Französische, wallonische und andere Flüchtlinge folgten nach 1685 in Massen diesem Aufruf und förderten dann auch wirklich das Wirtschaftsleben in Berlin, Magdeburg oder Halle.²⁴ Die gewerbepolitischen Maßnahmen beschränkten sich auf Ausfuhrverbote von Rohstoffen und die Gründung von Regalbetrieben. Darüber hinaus widmete sich der Kurfürst der Förderung von Manufakturen und Handelskompanien.²⁵ Auch verkehrspolitische und steuerpolitische Maßnahmen wurden ergriffen, so die Einführung einer städtischen Verbrauchssteuer (Akzise) im Jahre 1667. Auf dem Lande wurde jedoch weiterhin eine Kontribution, eine Art Grundsteuer, erhoben, so dass seitdem eine fiskalische Trennung von Stadt und Land bestand. Der Große Kurfürst hatte sich „nach dem Muster der westeuropäischen Staaten die gleichzeitige Förderung von Commerciens und Manufakturen zum Ziel“²⁶ gesetzt. Er betrieb als erster eine planmäßige Wirtschaftspolitik, die gleichzeitig eine Förderung von Handel und Gewerbe anstrebte. Schon gegen Ende seiner Regentschaft um 1680 deutet sich ein Systemwechsel an. Das vorherrschende, eher liberale holländische System mit einer vorrangigen Förderung privater Tätigkeiten wurde zurückgedrängt und stattdessen nahm die stärkere staatliche Lenkung und Bevormundung, sich eher am französischen Modell des Colbertismus orientierend, zu.²⁷ Diese Umorientierung sollte den preußischen Merkantilismus bis zu dessen Ende prägen, doch die damit verknüpften Hoffnungen des Großen Kurfürsten auf eine expansive gewerbliche

(1984), 1-31.

²⁰ Vgl. ausführlich Kaufhold, Staatswirtschaft (1994), 34-48.

²¹ Rachel, Wirtschaftsleben (1931), 3.

²² Vgl. Dietrich, Testamente (1981) und ders., Staat (1984), 3-9.

²³ Blaich, Merkantilismus (1973), 170 weist darauf hin, dass Brandenburg-Preußen im 17. Jahrhundert noch ein unterbevölkertes Agrarland war und trotzdem sich den merkantilistischen Zielen und Praktiken zuwandte.

²⁴ Rachel, Merkantilismus (1927), 953, 957.

²⁵ Rachel, Merkantilismus (1927), 955, Rachel nennt die Gründung einer Wollmanufaktur in Berlin (1678), einer Zuckersiederei (1680) sowie die Gründung der Afrikanischen Handelskompanie (1682) und eines Commerciens-Collegiums 1677 in Berlin.

²⁶ Rachel, Merkantilismus (1927), 958.

²⁷ So Rachel, Merkantilismus (1927), 959; vgl. auch Horrocks, History (1925), 144f.

Entwicklung erfüllten sich in seiner Regierungszeit nicht mehr.

Ähnliches gilt für seine Nachfolger, den Kurfürsten Friedrich III., ab 1701 König Friedrich I. (1688-1713), der im Wesentlichen den Auffassungen und Praktiken seines Vaters folgte.²⁸ Auch König Friedrich Wilhelm I. (1713-1740) schritt auf dem vorgezeichneten Weg des preußischen Merkantilismus weiter und führte das von seinem Großvater begonnene Werk fort.²⁹ Subventionen für die Gewerbeproduktion, Ausfuhrverbote für Rohstoffe (besonders Rohwolle), und Einfuhrzölle auf Fertigprodukte (vor allem Wollwaren) bildeten weiterhin das Rückgrat der Handelspolitik. Darüber hinaus gründete er als gewerbefördernde Maßnahme das „Berliner Lagerhaus“, eine Art Staatsmanufaktur. Auch förderte man den Anbau von Maulbeerbäumen für die Zucht von Seidenraupen und suchte so eine brandenburgische Samt- und Seidenindustrie zu begründen, deren Erfolg jedoch zweifelhaft blieb.³⁰ Dagegen gelang die weitere Ansiedlung von Flüchtlingen, so 1732 von Protestanten aus Salzburg.³¹

Unter Friedrich Wilhelm I. prägte sich der preußische Merkantilismus in seiner ganzen Eigenart aus. Neben den z.T. mit drastischen Mitteln umgesetzten Maßnahmen der Gewerbe- und Handelspolitik sollten diese Vorstellungen auch wissenschaftlich fundiert werden, u.a. durch die Einrichtung kameralistischer Lehrstühle an der Universität Halle (1727) und dann in Frankfurt/Oder. Verwaltung und Volkswirtschaft sollten von Grund auf neu geregelt werden und Preußen zu einem Musterland der „guten Polizey“ heranwachsen. Das Finanzsystem wurde neben dem Militär zur Grundlage des Staates.

Die Gewerbesteuergesetzgebung von 1732-35 trug durchaus zur Entfaltung eines inneren Marktes für Gewerbeprodukte bei. Doch alle Maßnahmen erwiesen sich als zwiespältig. Zwar verzichtete der Staat weitgehend auf Regiebetriebe und suchte durch die Besteuerung fremder Waren und durch Ausführprämien (z.B. auf Tuche), die inländische private Gewerbetätigkeit zu fördern, doch fiskalische Rücksichten in der Zollpolitik und die Handelskriege mit den Nachbarstaaten sowie die Subventionierung ausgewählter Gründungen, wirkten sich negativ auf Wettbewerb und Wachstum aus.³² Zudem war es langfristig verhängnisvoll, dass die Fördermaßnahmen sich lediglich auf die preußischen Kernprovinzen bezogen: Schlesien blieb seit 1740 eine nachgeordnete Provinz, Ostpreußen erst 1780 einbezogen und die westlichen Provinzen stellten bis ins 19. Jahrhundert handelspolitisch „Ausland“ dar.³³ Insbesondere das mangelnde Interesse am ökonomischen Potential der westlichen Provinzen, dem Bielefelder Leinen, der Klevischen Wolle, der Krefelder Seide und dem Märkischen Eisen, bedeutete im frühen 18. Jahrhundert ein Verzicht auf große ökonomische Ressourcen und auf ein langfristig tragfähigeres industrielles Entwicklungsmodell, das zeitgleich in England entwickelt, in Preußen hingegen noch weitgehend ignoriert wurde.³⁴

Als Friedrich II. (1740-1786) die Regentschaft nach dem Tode seines Vaters übernahm, änderte sich zunächst wenig. Die Forschung stimmt darin überein, dass er an den merkantilistischen Ideen seines Vaters festhielt und deren Prinzipien später, insbesondere nach dem Ende des Siebenjährigen Krieges (1763), sogar

²⁸ Sein politisches Testament von 1698 übernimmt fast wörtlich die Passagen seines Vaters; vgl. Dietrich, Testamente (1984), 88-94. Hervorzuheben ist das 1709 begonnene und unter seinem Nachfolger vollendete sogen. Retablisement, die Wiederingangsetzung des wirtschaftlichen Lebens im nördlichen Ostpreußen nach der dortigen Entvölkerung durch die Pest; vgl. Terveen, Gesamtstaat (1954).

²⁹ Zögerlicher Weise Reformansätze insbesondere auf den königlichen Domänen blieben Stückwerk und scheiterten vor allem an fehlenden Voraussetzungen, was die geringe Produktivität und unzureichende finanzielle Leistungsfähigkeit der preußischen Landwirtschaft zu Beginn des 18. Jahrhunderts betraf; vgl. Harnisch, Absolutismus (1994), 11-32, insbes. 14-17.

³⁰ Vgl. Kisch, Textilgewerbe (1981), 71.

³¹ Blaich, Epoche (1973), 171.

³² Zu den Widersprüchen Rachel, Merkantilismus (1927), 965 und Blaich, Epoche (1973), 174.

³³ Hassinger, Kräfte (1971), 618; zu den westlichen Provinzen Gorißen, Handelshaus (2002).

³⁴ Zu den Entwicklungspotentialen der westlichen Provinzen Wischermann, Staat (1992); Kisch, Textilgewerbe (1981) und Gorißen, Handelshaus (2002).

noch rigoroser verfolgte. Dadurch begründete er einen spezifischen friderizianischen Merkantilismus³⁵, dessen Kern ein umfangreiches Entwicklungsprogramm mit einer entsprechenden Bevölkerungs-, Siedlungs-, Handels-, Agrar- und Gewerbepolitik darstellte. Als Ziel galt die weitgehende wirtschaftliche Autarkie des preußischen Staates. Diese Vorstellungen standen dem sich zeitgleich entfaltenden englischen Liberalismus diametral entgegen, so dass später kritisch gefolgert wurde, dass der „neue König bei der Behandlung wirtschaftlicher Angelegenheiten altväterlichen Maximen anhing, die damals längst passé waren“.³⁶

Eine wesentliche und, wie sich später erweisen sollte, zukunftssträchtige Veränderung nahm der König jedoch sogleich nach Regierungsantritt vor. Er fügte dem Generaldirektorium in Berlin ein weiteres, das V. Department, hinzu, das sich dezidiert mit der Handels-, Verkehrs- und Wirtschaftspolitik befassen sollte.³⁷ Die Grundsätze seiner Politik hat Friedrich II. auch schriftlich niedergelegt, insbesondere in seinen großen Instruktionen (1748), in einer Denkschrift (1749) und in seinem Politischen Testament (1752).³⁸ Was die Arbeit des V. Departments anbetraf, so wurden dessen Aufgaben bereits 1740 mit der „Verbesserung der bestehenden Manufakturen nach Zahl und Qualität, Ansetzung neuer Gewerbe- und Anwerbung ausländischer Fachkräfte hierfür“ umschrieben.³⁹

Friedrichs' Bemühungen um „Peuplierung“ waren nur von geringem Erfolg gekrönt. Seine Anwerbungen brachten insgesamt etwa 300.000 Kolonisten nach Preußen.⁴⁰ Es handelte sich überwiegend um Österreicher, Polen und Sachsen, die in ländlichen Siedlungen angesetzt wurden. Die Fortsetzung der bisherigen Politik der Habsburger war mit beachtlichen sozialen Kosten verbunden, denn ihre Maßnahmen fügten sich in eine Agrarpolitik ein, die neben einer Erhöhung der Agrarproduktion und der damit verbundenen Steigerung der fiskalischen Einnahmen vor allem eine Stabilisierung der überkommenen dualistisch geprägten ländlichen Agrarstruktur – beruhend auf Adel und Bauerntum – zum Ziele hatte.⁴¹ Dem diente auch der Bauernschutz u.a. durch ein 1749 erlassenes Verbot des „Bauernlegens“, d.h. des Einziehens bäuerlicher Anwesen durch den Grundherrn und deren Eingliederung in die Gutswirtschaften.

Auch die Folgen der friderizianischen Handels- und Gewerbepolitik erwiesen sich als fragwürdig. Das Ziel bildete die weitgehende Autarkie: Was aus der Fremde bezogen wurde, sollte stattdessen selbst hergestellt werden. Ob man die Initiative den Privaten überlassen oder sich auch eigener Staatsunternehmen bedienen sollte, war von Anfang an umstritten. Der König hatte große Vorbehalte gegenüber staatlichen Betrieben:

„Es ist kein sonderlicher Nutzen dabei, es verursacht nur ein Haufen Umstände und Kosten und am Ende kommt nichts damit heraus und man hat nur Schaden davon. Manufaktur Sachen reussieren niemahlen bei einer Administration.“⁴²

Dies galt, obwohl „alle Mittel der Protektion und Förderung“ angewandt werden sollten, um Gewerbe und Industrie hochzubringen.⁴³ Besonders gut zeigt sich die fördernde Gewerbepolitik im Bereich der Textilproduktion durch das Einfuhrverbot für fremde Baumwollstoffe (Kattune), die ein Baumwollgewerbe nahezu

³⁵ Zum Begriff Hassinger, Kräfte (1971), 618 und auch Breil, Eversmann (1977), 9.

³⁶ Kisch, Textilgewerbe (1981), 71; vgl. auch Rachel, Merkantilismus (1927), 966.

³⁷ Genauer dazu Hubatsch, Friedrich der Große (1973), 53-66.

³⁸ Zu diesen Quellen und den Fundorten, insbesondere in den Acta Borussica, Rachel, Merkantilismus (1927), 967 sowie Dietrich, Staat (1984), 20-30; vgl. auch Hintze, Testament (1967), 429-447 und ders., Friedrich der Große (1920), 448-503.

³⁹ Zitiert nach Hubatsch, Friedrich der Große (1973), 53.

⁴⁰ Kaufhold, Agrar-, Siedlungs- und Bauernpolitik (1990), 161-201; hier: 191.

⁴¹ Vgl. Kaufhold, Agrar-, Siedlungs- und Bauernpolitik (1990), 171. Dieses wird von Kaufhold als besonderer Erfolg der friderizianischen Politik gewürdigt; vgl. Kaufhold, Staatswirtschaft (1994), 70.

⁴² Bericht an den Königlichen Staats-Minister van der Heydt [gez. Wohlers], Berlin, den 16ten August 1849, GStA PK I Rep. 121, A XIX 2, Nr. 1, Bl. 132.

⁴³ Rachel, Merkantilismus (1927), 968f.

ohne weitere staatliche Unterstützung entstehen ließ. Allerdings waren die fabrizierten Produkte schlechter und teurer als diejenigen des Auslandes und daher langfristig nicht konkurrenz- und überlebensfähig. Neben den Einfuhrverboten spielte auch die Ansiedlung Brabanter Kattun-Fabrikanten und die Bereitstellung von Spinnmaschinen eine Rolle⁴⁴

Einen besonderen Schwerpunkt merkantilistischer Gewerbeförderung durch Friedrich II. bildete die „Seidenmanufaktur“.⁴⁵ Auch dieser Gewerbezweig erzeugte lediglich Produkte mit schlechter Qualität und hohen Preisen. Das Reglement von 1766 bestätigte die korporativen, bürokratisch gegängelten Strukturen der Berliner Seidenindustrie⁴⁶ und brachte ökonomisch die „schlechteste aller möglichen Welten“⁴⁷ zustande, nämlich hohe Kosten, unzureichende Qualitäten und verzögerte technische Anpassungen. Der kurze Aufschwung der 1770er Jahre brachte keine durchgreifende Verbesserung, wie die schwere Krise der Seidenindustrie nach 1785 belegt.⁴⁸ Friedrich II. hat zwar „keinen Industriezweig so gefördert wie diesen“⁴⁹ – doch alles vergeblich!

Die relativ erfolgreichen Maßnahmen der Gewerbeförderung des friderizianischen Merkantilismus sind von eher geringer wirtschaftlicher Bedeutung.⁵⁰ Die 1761 angeregte private Gründung einer Porzellanmanufaktur musste 1763 mangels Erfolg durch den Staat übernommen werden. Die Glasproduktion erwies sich trotz ihrer Monopolstellung (Böhmisches Glas durfte nicht eingeführt werden) als zu teuer. Eine Pulverfabrik in Berlin und mehrere Eisenwerke (Schadow bei Storkow, Gottow im Amt Zinna, Torgelow in Pommern und Vietz bei Küstrin) dienten allein der Versorgung der Armee mit Rüstungsgütern.⁵¹ Ob die Steinkohlenförderung tatsächlich „dem König von der gesamten Montanindustrie in seinen Ländern am wichtigsten“⁵² erschien, wie Walter Hubatsch behauptet, erscheint zweifelhaft. Weder in der Grafschaft Mark⁵³ noch in Schlesien förderte der preußische Staat die Produktion und Verbreitung dieses Energieträgers. Größere Aufmerksamkeit wurde allerdings dem Salinenwesen geschenkt. Neben eher bescheidenen Erfolgen waren „schwere Rückschläge wegen Fehlinvestitionen“ zu verzeichnen (Manchesterfabrik bei Schloss Monbijou, Uhrenfabrik in Berlin und Friedrichsthal, Barchent-Manufaktur in Brandenburg, Stahlwarenfabrik in Eberswalde, Papierfabrik in Spechthausen nahe Eberswalde, Lackfabrik in Berlin und Türkisch-Garn-Färberei bei Kaputh, Potsdam).⁵⁴ Alle Projekte verschlangen enorme staatliche Mittel, ohne dass man damit langfristige Erfolge erzielte.

Der Staat hatte sich in jener Zeit in zahlreiche gewerbliche Unternehmungen verstrickt, und das V. Department des Generaldirektoriums war dabei lediglich ein ausführendes Organ für die Ideen und Initiativen des Königs, keinesfalls aber ein bewegliches Instrument der Wirtschaftspolitik. Ein einziges Mal kam im Generaldirektorium eine freimütige Kritik gegen den schroffen Protektionismus des Königs auf.⁵⁵ Großkanzler von Jariges hatte im Jahre 1756 eine Untersuchung der Ursachen der Wirtschaftskrise angeregt und Finanzrat

⁴⁴ Hubatsch, Friedrich der Große (1973), 55.

⁴⁵ Vgl. Kisch, Textilgewerbe (1981), 78-87.

⁴⁶ Vgl. Rosenberg, Bureaucracy (1958), 40ff.

⁴⁷ Kisch, Textilgewerbe (1981), 84.

⁴⁸ Daten zur Entwicklung finden sich in den Acta Borussica: Denkmäler der preußischen Staatsverwaltung im 18. Jahrhundert. Seidenindustrie, 3 Bde., Berlin 1892, Bd. 3, Kap. 10, zitiert nach: Kisch, Textilgewerbe (1981), 85.

⁴⁹ Hubatsch, Friedrich der Große (1973), 61.

⁵⁰ Zum folgenden Hubatsch, Friedrich der Große (1973), 62-66.

⁵¹ Dies gilt ebenso für die beiden Gründungen in Oberschlesien (Malapane und Kreuzburg), vgl. unten.

⁵² Hubatsch, Friedrich der Große (1973), 65.

⁵³ Fessner, Steinkohle (1998), 293, zeigt, dass bis 1780 ein Exportzoll auf Kohle den Absatz nach Holland entscheidend behinderte.

⁵⁴ Hubatsch, Friedrich der Große (1973), 66; und Rachel, Merkantilismus (1927), 980.

⁵⁵ Vgl. zum sogen. Ursinus Bericht vom 1. Oktober 1766 Kisch, Textilgewerbe (1981), 82f. und Rachel, Merkantilismus (1927), 989.

Ursinus aus der Leitung des V. Departments des Generaldirektoriums sowie Fabrikdirektor Chamony mit der Erstellung eines entsprechenden Berichts beauftragt.⁵⁶ Dieser Bericht, der die herrschende Wirtschaftspolitik einer fundamentalen Kritik unterzog, wurde am 1. Oktober 1756 vorgelegt und durch Minister von Hagen (in einem Begleitbrief) sowie weitere Mitglieder des V. Departments unterstützt. Der Bericht verwarf insbesondere die protektionistische Seidenpolitik, ein Lieblingsprojekt des Königs, er konstatierte eine negative Wirkung der Münz- und Währungspolitik (Kostensteigerungen und Teuerung) und erachtete die Zollpolitik als eine Behinderung für effektive Produktion. Der unbelehrbare König bezeichnete Ursinus als eine „corrupte Canaille“ und ließ ihn wegen vorgeblicher Korruption in Spandau in Haft setzen; auch Minister von Hagen fiel später in Ungnade.⁵⁷

Selbst wenn man, wie Karl-Heinrich Kaufhold, in der Herstellung einer positiven Zahlungsbilanz, der Anhäufung eines Staatsschatzes und der Stabilisierung der bestehenden Sozialstruktur einen „Erfolg“ des friderizianischen Merkantilismus sieht⁵⁸ und die weitreichenden Ziele der preußischen Staatswirtschaft außer Acht lässt, muss man diesen „Erfolg“ relativieren. Denn die positive Handelsbilanz ergab sich vor allem aus der Annexion Schlesiens und weniger aus dem Ausbau des Fabrikensystems. Die Anhäufung eines Staatsschatzes führte zur Reduzierung der Geldmenge und damit zu deflationären rezessiven Tendenzen in der Wirtschaft.⁵⁹ Die Stabilisierung einer rückständigen Sozialstruktur als „Erfolg“ zu bewerten, bedarf zusätzlicher Begründungen. Es erscheint vor diesem Hintergrund als bemerkenswert wohlwollend, das Ergebnis der preußischen Staatswirtschaft als uneinheitlich und widersprüchlich zu klassifizieren⁶⁰ und das Handeln des Königs als „rational“; zumal der Autor zugleich konstatiert, dass die ökonomische Entwicklung Preußens zweifellos eine „Behinderung durch Friedrichs Gesellschaftspolitik“ erfahren habe.⁶¹ Natürlich erschöpft sich die Beurteilung Friedrich II. nicht in seiner Wirtschaftspolitik; zu vielgestaltig ist diese Person,⁶² deren Verdienste für Preußen gewiss eher im Bereich der Politik als in dem der Wirtschaft zu suchen sind. Eine besondere ökonomische Bildung hatte er in seiner Kronprinzenzeit gewiss nicht genossen.⁶³ Auch während seiner Tätigkeit in der Kriegs- und Domänenkammer in Küstrum 1730/31, wo er „von morgens bis abends in ökonomischen Sachen zu arbeiten und dabei Rechnungen entgegenzunehmen, Akten zu studieren und Exzerpte anzufertigen“⁶⁴ hatte, war er vor allem mit Routineaufgaben betraut und erhielt offenbar keine weitergehende theoretische Unterweisung.⁶⁵ Der vom Vater verfügte „Generalplan“ zur Erziehung des Prinzen gab strikte Anweisungen: „mit ihm [soll] nichts gesprochen werden, als vom Göttlichen Wort, von der Ökonomie, von der Landes Verfassung, von Manufacturen, Policei Sachen, Bestellung des Landes, Abnahmen der Rechnungen, Raisonnements über Pachtungen, im gleichen von Proceß-Ordnungen und auf was Weise die Rendanten die Gelder tractiren und die Rechnungen führen sollen“⁶⁶ In seinem Bericht an den König gab der Geheime Rat Wolden am 2. Oktober 1731 Auskunft über die Erziehungsbemühungen mit dem Hinweis, dass es dem Prinzen gelungen sei „eine richtige Vorstellung von sehr vielen Dingen zu gewinnen, von denen er

⁵⁶ Vgl. Treue, Wirtschafts- und Technikgeschichte (1984), 107f. und Mittenzwei, Preußen (1979), 39ff.

⁵⁷ Rachel, Merkantilismus (1927), 989.

⁵⁸ Kaufhold, Staatswirtschaft (1994), 57f.

⁵⁹ Vgl. Henning, Thesaurierungspolitik (1974), 399-416.

⁶⁰ Kaufhold, Staatswirtschaft (1994), 61, 66.

⁶¹ Kaufhold, Staatswirtschaft (1994), 70

⁶² Kunisch, Friedrich der Große (2004).

⁶³ Ausführlich zur Erziehung und Bildung des Kronprinzen Kunisch, Friedrich der Große (2004), 14-18 und Born, Wirtschaft (1979), 12.

⁶⁴ So behauptet Kunisch, Friedrich der Große (2004), 45.

⁶⁵ Darauf weisen auch die zur Betreuung und Unterweisung des Kronprinzen bestellten Personen hin, zu denen der Geheime Rat Heinrich von Wolden und die beiden Kammerjunker Karl Dubilav von Natzmer und Wilhelm von Rohwedell zählten.

⁶⁶ Heinrichs, Kronrozeß (1936), 171/172, zitiert nach Kunisch, Friedrich der Große (2004), 46.

vorher keine Ahnung hatte.“⁶⁷ Doch bleibt unklar um welche Dinge es sich dabei handelte. Sein Vorgesetzter, Kammerdirektor Hillen, war skeptischer, er sah „die Bewunderung Friedrichs für alles Französische“ kritisch, die „Deutschen kennt er so gut wie gar nicht“, und er schien „mit vielen Bereichen des einmal zu übernehmenden Herrscheramtes noch keineswegs vertraut.“⁶⁸ Die Kenntnis der Angelegenheiten des rückständigen Agrarstaat Preußens erschienen allerdings für die Regierungsaufgabe wichtiger als die französischen Verhältnisse. Und Friedrich war für seine Herrschaft wohl schlecht vorbereitet, insbesondere was die ökonomische Entwicklung Preußens betraf.⁶⁹ Mit ökonomischen Fragestellungen hat er sich vermutlich erstmals in seiner Regierungszeit zwischen 1746 und 1748 befaßt.⁷⁰ Bis ins hohe Alter hielt Friedrich starr und doktrinär an seinen merkantilistischen Anschauungen fest.⁷¹

Man kann Johannes Kunisch nur zustimmen, der Friedrich II als einen „auf die französische Klassik fixierten Eklektiker und Traditionalisten“ bezeichnet, der den „tiefgreifenden Stil- und Bewusstseinswandel vor allem der 1770er und 1780er Jahre nicht mehr erfasste“.⁷² Dies war genau die Zeit, als sich in England eine neue Ökonomie zu entfalten begann und auch in einigen Regionen des Kontinents sowie auch in einzelnen deutschen Territorien ein wirtschaftlicher Wandel abzeichnete. Friedrich der Große ignorierte diese Entwicklung, er blieb ein „typischer Vertreter des anciens régimes.“⁷³ Er vermochte zwar, „grundlegende Reformansätze seiner Zeit in Bereichen wie der Staatslehre oder des Justizwesens, des literarischen Diskurs oder der Kriegswissenschaften wie kein anderer theoretisch zu erfassen und praktisch umzusetzen“,⁷⁴ aber nicht in der Ökonomie. Kisch bewertet den friderizianischen Merkantilismus als „in der Theorie und vor allem in der Praxis falsch, schädlich und undurchführbar“.⁷⁵

Auch eine der letzten merkantilistisch begründeten Maßnahmen unter Friedrich II. war wenig erfolgreich: die Einführung der „französischen Regie“ im Jahre 1766. Die Akzise- und Zollgeschäfte wurden von den preußischen Kammer- und Steuerräten nach Meinung des Königs bis dahin nur unzureichend wahrgenommen. Deshalb beschloss er, die Verwaltung der indirekten Steuern und der Zölle einer Regie zu übertragen und damit Franzosen zu beauftragen. Einige hundert französische Beamte nahmen daraufhin die Arbeit auf. Man erhoffte sich durch eine effiziente Finanzverwaltung einen Mehrertrag von jährlich 2 Mio. Talern. Zwischen 1766 und 1786 wurden tatsächlich 42 Mio. Taler Mehreinnahmen erzielt, die allerdings zu mehr als 40 Mio. auf Tarifierhöhungen und Zusatzeinnahmen basierten. Hugo Rachel schlussfolgerte, dass „die äußerst gehässige, kostspielige, demoralisierende, dem Handel und Wandel höchst schädliche Einrichtung der französischen Regie den erwarteten großen Nutzen für die Staatsfinanzen nicht gebracht“ habe.⁷⁶

Ähnlich wie die Steuerpolitik ist der gesamte friderizianische Merkantilismus zu bewerten, der selbst den eigenen Zielen und Ansprüchen nicht gerecht wurde und noch viel weniger einen Weg in die Zukunft weisen konnte. Mit dem Tod des Königs (1786) brach das System dann auch schnell zusammen. Die Monopole wurden beseitigt, das Zollwesen reformiert und die verhasste Regie sofort abgeschafft – ein neues, liberaleres

⁶⁷ Kunisch, Friedrich der Große (2004), 55.

⁶⁸ Alle Zitate Kunisch, Friedrich der Große (2004), 55, 77 und Naudé, Wirtschaftspolitik (1903), 1-55.

⁶⁹ So Kunisch, Friedrich der Große (2004), 71.

⁷⁰ Vgl. Koser, Geschichte (1912), Bd. II, 158. Er las einige Autoren der Zeit, die eher dem Physiokratismus als dem Merkantilismus zuzurechnen waren. Die Arbeit Adam Smith blieb ihm jedenfalls bis an sein Lebensende unbekannt, so Born, Wirtschaft (1979), 16.

⁷¹ Kunisch, Friedrich der Große (2004), 106, 136 und 150-154.

⁷² Kunisch, Friedrich der Große (2004), 545.

⁷³ Kunisch, Friedrich der Große (2004), 545, dies gilt sogar auch für seinen Baustil, vgl. ebd., 261.

⁷⁴ Kunisch, Friedrich der Große (2004), 546.

⁷⁵ Kisch, Textilgewerbe (1981), 82.

⁷⁶ Rachel, Merkantilismus (1927), 977.

System konnte sich jedoch erst nach den Reformen nach 1806 gänzlich durchsetzen.⁷⁷ Auch finanziell war die friderizianische Politik für den Staatshaushalt wenig erfolgreich: Die Gesamtausgaben für die Gewerbeförderung zwischen 1740 und 1786 werden auf 2,775 Mio. Taler geschätzt, davon allein zwei Drittel (ca. 1,84 Mio.) für die erfolglose Seidenindustrie. Es wundert nicht, dass am Ende auch der König resignierte. Die Maßnahmen waren insgesamt fehlgeleitet, richteten sich auf die falschen Objekte am falschen Ort. Zukunftsmächtiger erwies sich ein Gegenbild zur friderizianischen Merkantilpolitik, charakterisiert durch ein liberales Handels- und Gewerbesystem, aufbauend auf neuen Produkten und Verfahren und angesiedelt nicht in den Kern-, sondern in den Randregionen des preußischen Staates.⁷⁸

2. Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in Schlesien 1740-1786

Die Motive, die Friedrich II. unmittelbar nach seinem Regierungsantritt dazu veranlasst haben, militärisch in Schlesien einzufallen und die Provinz wegen unklarer Erbsprüche der Habsburger Monarchie abzuverlangen, sind bis heute schwer nachvollziehbar.⁷⁹ Gewiss schwang auch die Vorstellung mit, durch den Zueginn einer reichen Provinz den Wohlstand und die Macht des preußischen Staates zu mehren – ganz im Sinne der merkantilistischen Prinzipien. Doch war Schlesien eine reiche Provinz? Die unterschiedliche Bestimmung des ökonomischen Wertes der Provinz bei ihrem Übergang an Preußen in der Mitte des 18. Jahrhunderts gab zwar zu Kontroversen Anlass. Doch um 1740 waren sich die Obrigkeiten noch relativ einig über ihren Wert gewesen: Maria Theresia nannte diese Region ihre „Fabrik“ und Friedrich der Große bezeichnete sie als sein „Peru“, von dem er reiche Geldzuflüsse durch den dortigen Leinwandhandel erwartete.⁸⁰ Die habsburgische Sicht mag aufgrund der heterogenen Entwicklung im Vielvölkerstaat Berechtigung gehabt haben.⁸¹ Doch galt dies auch für Preußen mit seinen Modernisierungsambitionen?

Schlesien zählte zu den am höchsten entwickelten Wirtschaftsräumen unter den österreichischen Ländern.⁸² Dazu hatte nicht unwesentlich der Ausbau der Leinwandproduktion seit dem 16. Jahrhundert beigetragen, die neben dem mittelalterlichen Silber-, Blei- und Eisenbergbau den „Gewerbefleiß“ der Provinz entscheidend bestimmte.⁸³ Schlesien entwickelte sich durch den Absatz der Leinenproduktion nach Übersee zu einer Exportgewerbelandschaft und bildete im 17. Jahrhundert ein wichtiges Tor für den habsburgischen Handel nach Nordosten. Graf Trauttmansdorf bezeichnete zu Recht bei den Verhandlungen zum Westfälischen Frieden (1648) das Land als „Hauptsitz der commercii“ und als „Augapfel der kaiserlichen Herren“. ⁸⁴ Ähnlich äußerte sich zwei Jahrzehnte später Philipp Wilhelm von Hörnigk in seiner berühmten Schrift „Österreich über alles, wann es nur will“, Schlesien könne „wirtschaftlich und in der guten Polizey wie im Handel und in den Manufakturen die Ehre der Erbländer im Notfalle für alle behaupten.“⁸⁵

Und 1714 berichtete Paul Jacob Marperger in caput III seines Werks „Von Schlesiens Natur-Gaben“: „Schlesien [trägt] jährlich einen reichen Überschuß an Korn, Baum- und Hülsenfrüchten, so dass bekannter maßen

⁷⁷ Auch die Rigaer Denkschrift Hardenbergs aus dem Jahre 1807 beinhaltet eine scharfe Verurteilung des friderizianischen Merkantilismus; sie wurde wie die Nassauer Denkschrift des Freiherrn von Stein zur Basis der preußischen Reformpolitik.

⁷⁸ Verhängnisvoll erwies sich, dass die preußische Merkantilpolitik die westlichen Provinzen eher als Ausland und Schlesien eher als Kolonie betrachtete.

⁷⁹ Vgl. Venohr, *Fridericus Rex* (1985), 101-172 und Valloton, *Maria Theresia* (1978), 32-62. Eine ausführliche Diskussion der Motive bei Kunisch, *Friedrich der Große* (2004), 159-175.

⁸⁰ Treue, *Wirtschaftsgeschichte* (1962), 196f.

⁸¹ Baltzarek, *Schlesien* (1997), 398-404.

⁸² Aubin, *Wirtschaft* (1988), 100-132, insbes. 100 und Baltzarek, *Ansätzen* (1979), 334-355.

⁸³ Marperger, *Kaufmann* (1991), 47-77.

⁸⁴ Zitiert bei Freymark, *Wirtschaft* (1928), 8 und auch Baltzarek, *Schlesien* (1997), 390.

⁸⁵ Streissler, *Hörnigk* (1997), 139-224.

in Friedenszeiten viel tausend Tonnen Nocken können ausgeführt und den Nachbarn mitgeteilt werden“; „Was von einer unsäglichen Menge Flachs und Hauf Schlesiens Erdboden tragen müsse, ist aus dem großen Garn- und Leinwandhandel bekannt“, ebenso bekannt waren „viel tausend mit Wolle beladene Wagen“; Schlesien dürfte „an Fruchtbarkeit und allen anderen ersinnlichen Lebens-Mitteln keiner Provinz in Teutschland das geringste nachgeben“.⁸⁶ Aber nicht nur der Export von Nahrungsmitteln und agrarischen Rohstoffen sowie der aus diesen gefertigten Textilien trugen zum Handelsüberschuss des Landes bei, „Schlesien nimmt vor vielen anderen Ländern aus seinen Bergwerken [Gold und Silber, T.P.] großen Reichtum, wiewohl teils davon nicht mehr im alten Stande seiend.“⁸⁷ „Ertz Blei, Kupfer, Eisen, Stein-Kohlen, Kalk trägt ebenso wohl der schlesische Boden in großen Mengen“ und „Eisen wird allenthalben in Schlesien überschüssig gemacht“.⁸⁸ Der Rohstoffreichtum des Landes beruhte also schon zu Beginn des 18. Jahrhunderts nicht bloß auf der Landwirtschaft, sondern auch auf dem Bergbau und der Hüttenproduktion wurden betrieben. Die Provinz trug zu den ordentlichen Kamereinnahmen des Habsburgerreichs 1716/17 knapp 20 v.H. der Gesamteinnahmen von 8,7 Mio. Gulden bei.⁸⁹

Allerdings waren zu Beginn des 18. Jahrhunderts Handel und Gewerbe in Schlesien angeschlagen und die Behörden bemüht, die einstige wirtschaftliche Bedeutung der Provinz wieder herzustellen. Das gelang auch bedingt durch neue Anreize und einigen Regulierungen.⁹⁰ Die Tuchausfuhr wuchs zwischen 1720 und 1735 von 59.000 auf 95.700 Stück. Und man erzielte den nach merkantilistischen Prinzipien erwünschten Handelsüberschuss, denn die Warenausfuhr Schlesiens nach den übrigen Erblanden überstieg die Einfuhr um mehr als das Doppelte. Im frühen 18. Jahrhundert galt Schlesien als eine der wenigen „Fortschrittsregionen“ (Franz Baltzarek) der Habsburgermonarchie. Doch bildete die Eroberung Schlesiens auch für Preußen einen großen Gewinn?⁹¹

Zweifellos war dies die Hoffnung, die der preußische König mit dem Erwerb der neuen Provinz verband. Er sah darin wohl vor allem eine Art Kolonie⁹², eben sein Peru, das dem Nutzen der brandenburgischen Kernlande dienen sollte.⁹³ Die historische Forschung teilt diese Sichtweise und beurteilt die preußische Merkantilpolitik in der Mitte des 18. Jahrhunderts als Ausnutzung der neuen Provinz zugunsten Berlins: „Dem eroberten Schlesien fiel also in mancher Hinsicht die Rolle einer Kolonie zu, die andere Staaten in Übersee hatten“.⁹⁴ Den ökonomischen Nutzen Schlesiens für Preußen bewertet auch Karl-Heinrich Kaufhold positiv; er konstatiert für 1750, die Provinz sei „wegen ihrer Größe, ihrer Bodenschätze und aufgrund ihres relativ hohen wirtschaftlichen Entwicklungsstandes die ökonomisch stärkste in Friedrichs Reich“⁹⁵ gewesen. An diesen positiven Einschätzungen des ökonomischen Wertes der Provinz in der Mitte des 18. Jahrhunderts sind allerdings Zweifel angebracht. Ihr Wert hing zum einen von ihren potentiellen Beiträgen zur Entwick-

⁸⁶ Marperger, Kaufmann (1991), 167, 169, 162.

⁸⁷ Marperger, Kaufmann (1991), 172f. Gold vormals in Nickelstadt, dann in Reichenstein und Zuckmantel, Silber in Tarnowitz, Beuthen, Altenberg, Gottesberg und Dittmannsdorf.

⁸⁸ Marperger, Kaufmann (1991), 175.

⁸⁹ Mausi, Finanzen (1890), 746.

⁹⁰ 1716 wurde allen neuen Gewerbetreibenden in Schlesien die Freiheit von Steuern und vom Religionszwang gewährt; im gleichen Jahr wurde ein Edikt erlassen, dass der Abwanderung von Schäfern und Webern nach Russland entgegen wirken sollte; ein Tuchreglement (1718) und die Leinwand- und Schleierordnung (1724) stellten die beiden schlesischen Hauptgewerbe unter strenge Aufsicht, vgl. Adler, Anfänge (1903), 62.

⁹¹ Baltzarek, Schlesien (1997), 391.

⁹² So Blaich, Epoche (1973), 177, der in der neuen Provinz „ein an Rohstoffen reiches, wirtschaftlich relativ weit entwickeltes Gebiet“ sah, das ähnlich wie Polen für die preußischen Kernprovinzen ausgebeutet werden sollte.

⁹³ Fechner, Wirtschaftsgeschichte (1907) und ders., Beziehungen (1886); grundsätzlich Baumgart, Annexion (1984), 81-118.

⁹⁴ Treue, Wirtschaftsgeschichte (1962), 197; ähnlich Blaich, Epoche (1973), 178: „Schlesien spielte für die Kernprovinzen fortan die Rolle einer Kolonie und förderte mit seinen Rohstoffen und seinen Gewerben deren wirtschaftliches Wachstum.“

⁹⁵ Kaufhold, Agrar-, Siedlungs- und Bauernpolitik (1990), 180.

lung und zum wirtschaftlichen Wachstum des Gesamtstaates ab. Diese werden für das Habsburgerreich vor 1740 zurecht positiv bewertet. Ob das für Preußen unter den veränderten Bedingungen und Chancen der folgenden Jahrzehnte auch gilt, ist eine ganz andere Frage. Dazu ist nämlich zum anderen auch die Ausstattung der Provinz mit ökonomischen Ressourcen zu beachten, die um 1740 noch gar nicht hinreichend bekannt waren bzw. einer groben Fehleinschätzung durch die Obrigkeit unterlagen. Wie war aber der Stand der Wirtschaft Schlesiens um 1740 zu beurteilen?

Das Land war zu diesem Zeitpunkt noch weitgehend agrarisch geprägt: Getreide und Mehl waren wichtige Exportgüter, Wolle und Flachs als weitere landwirtschaftliche Rohstoffe gewonnen und ausgeführt oder als Leinen exportiert.⁹⁶ Insoweit handelte es sich in der Tat um eine wichtige Rohstoffbasis für den preußischen Staat. Dieser Sonderstatus fand auch im Rahmen des eigenen Provinzialministeriums, das nicht dem Berliner Generaldirektorium unterstand, seinen administrativen Ausdruck. Obschon Schlesien als einheitliche Agrarregion betrachtet werden kann,⁹⁷ litt die Landwirtschaft schwer an den ruinösen Folgen der Schlesischen Kriege. Die Mehrheit des schlesischen Adels betrieb ihre Gutswirtschaften noch „nach Großväterweise“⁹⁸. Während der Schlesischen Kriege hatte man z.T. Raubbau an den landwirtschaftlichen Ressourcen betrieben und „alles irgendwie entbehrliche Stroh, Futter und Vieh [verkauft], eh es requiriert wurde“.⁹⁹ Die Bestellung der Äcker litt, die Düngung blieb aus und ein Rückgang der Bodenfruchtbarkeit war die unausbleibliche Folge der Misswirtschaft.

Die notwendige Sanierung der Währung nach dem Friedensschluss brachte ebenfalls nachteilige Effekte mit sich und führte zu einer schweren Deflation.¹⁰⁰ Diese äußerte sich u.a. in stark sinkenden Getreidepreisen und einem allgemeinen Bargeld Mangel, da die expansive Wirkung der Militärnachfrage entfiel und die dadurch ausgeweitete Geldzirkulation eingeschränkt wurde. Verfallende Preise für Landgüter und ihrer Produkte waren die unausweichliche Folge und führten zu einer weitgehenden Zahlungsunfähigkeit des schlesischen Adels, die auch durch ein dreijähriges Tilgungsmoratorium von 1765 bis 1768 nicht behoben werden konnte. Erst die Gründung eines Hypothekarkreditinstitutes, der Schlesischen Landschaft, als „größte volkswirtschaftliche Tat des friderizianischen Staates“¹⁰¹ gepriesen, führte zu Verbesserungen. Dadurch wurde die Geldwirtschaft den Edelleuten ein Stück vertrauter, und sie schuf monetäre Anreize zur Verbesserung und Erweiterung ihrer Gutswirtschaften.

Im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts waren erste Ergebnisse der Bemühungen zu erkennen: Die Güter wirtschafteten rationeller und rangen dem Boden größere Erträge ab. Dies zeigt sich in der gewaltigen Wertsteigerung der Landgüter, aber auch in neuen Nutzflächen durch Rodung und Kultivierung, am Wachstum des Viehbestandes und am Übergang zur Dreifelderwirtschaft. Von diesen Fortschritten der schlesischen Landwirtschaft war im Jahre 1740 noch nichts zu spüren gewesen und der Krieg hatte die wenig effiziente Agrarwirtschaft stark belastet. Doch auch für den preußischen Staat stellte schlesische Landwirtschaft zunächst nur einen begrenzten ökonomischen Zugewinn dar. „Erst als Jahrzehnte später Bergbau und Industrie aufzublühen begannen, wurde Schlesien eine der wertvollsten Regionen Kontinentaleuropas“¹⁰² – nicht schon in der

⁹⁶ Treue, Wirtschafts- und Technikgeschichte (1984), 53.

⁹⁷ Ziekursch, Hundert Jahre (1927), 408-411 unterscheidet vier große Agrarregionen mit unterschiedlicher Bodenfruchtbarkeit, unterschiedlichen Anbauweisen und Erträgen. Alfons Hase, Schlesiens Landwirtschaft. Ein Gang durch die Geschichte der schlesischen Landwirtschaft von den ersten Anfängen bis zum Leistungsstand bei Beginn des Zweiten Weltkriegs. Eine agrarhistorische und agrargeographische Darstellung, Wolfenbüttel 1981 unterscheidet sieben Hauptgebiete und Wilhelm Magura, Oberschlesien und seine Landwirtschaft, Augsburg 1975 gar 32 Teilregionen.

⁹⁸ Ziekursch, Hundert Jahre (1927), 9.

⁹⁹ Ziekursch, Hundert Jahre (1927), 4.

¹⁰⁰ Genauer dazu Beutin, Wirkungen (1963), 274-281.

¹⁰¹ Ziekursch, Hundert Jahre (1927), 9.

¹⁰² Treue, Wirtschafts- und Technikgeschichte (1984), 55. Auch Henning, Landwirtschaft (1988), 33-71 bezieht sich mit dem Hinweis,

Zeit König Friedrichs II.

Wie sah es um 1740 mit dem Zustand der gewerblichen Wirtschaft in Schlesien aus? Die Basis der schlesischen Gewerbetätigkeit bildete fast ausschließlich das Leinengewerbe, das bereits im 16. Jahrhundert einen Aufschwung genommen hatte.¹⁰³ Zunächst war dieser Gewerbebereich vor allem in Jauer und im Odertal beheimatet, doch verlagerte sich der Schwerpunkt in Folge des Dreißigjährigen Krieges in das schlesische Bergland. Im Odertal wurde weiterhin intensiver Flachsanzucht betrieben und Garne im Nebenerwerb gesponnen, während im Bergland das Weben von Leinen im Hauptberuf stärkere Verbreitung fand.¹⁰⁴ Neue Zentren dieses Gewerbes bildeten sich um die Städte Hirschberg und Landeshut, weil dort die Einbeziehung der umliegenden Dörfer in das protoindustrielle Produktionssystem ein größeres Arbeitsangebot erschloss. Der Absatz der Produkte erfolgte vornehmlich nach Holland, England und Spanien, während die Schweiz, Italien, Russland, Ungarn und Polen zweitrangige Märkte darstellten¹⁰⁵ über die lokalen Kaufleute und über überörtliche Handelshäuser.¹⁰⁶ Die Kaufleute verdienten auf der Basis dieses Produktionssystems offenbar sehr gut, viele wurden wohlhabend oder gar reich. Die unmittelbaren Produzenten jedoch, die Spinner und Weber, konnten mit ihren geringen Löhnen kaum ihren ärmlichen Lebensunterhalt bestreiten.¹⁰⁷

Auch nach 1740 konnte der Leinwandexport trotz der kriegerischen Ereignisse deutlich gesteigert werden und nach dem Friedensschluss galt es sogar noch einen größeren Nachholbedarf im In- und Ausland zu befriedigen. Das Absatzgebiet für das schlesische Leinen dehnte sich über Cadix und Lissabon aus und wurde sogar bis Amerika verschifft. Doch diese Blüte währte nur kurz, denn mit der Ausdehnung der irischen Leinenproduktion und der beginnenden Mechanisierung des Webens von Leinwand trat nunmehr eine übermächtige Konkurrenz auf den Markt, die für Schlesien langfristig zum fast gänzlichen Verlust des Absatzes in Westeuropa und Übersee führte. Ein Handel mit den benachbarten, grenznahen Märkten und dem Balkan war aufgrund des preußischen Zollkrieg mit Russland und Österreich nahezu unmöglich gemacht.¹⁰⁸ Der Niedergang der schlesischen Leinenindustrie setzte daher bereits in den 1780er Jahren ein und mündete in die dramatische Pauperismuskrisis der 1840er Jahre. Eine starke Basis für einen nachhaltigen ökonomischen Aufschwung der Provinz unter preußischer Herrschaft stellte das Leinengewerbe also keinesfalls dar. Vielmehr trug die Entwicklung dieses Gewerbes mittelfristig eher dazu bei, wesentliche Teile der Provinz zum Armenhaus Preußens zu machen.¹⁰⁹

Der mittelalterliche Bergbau in Schlesien war im 17. Jahrhundert weitgehend zum Erliegen gekommen, doch seit etwa 1700 war ein leichter Aufschwung zu verzeichnen: „Man trieb Gräberei nach Eisen, Kupfer, Schwefelkies, Zinn, Blei, Silber und Steinkohlen.“¹¹⁰ 13 „Bergwerke“ auf Metall und acht auf Steinkohle wurden zu diesem Zeitpunkt gezählt, bei denen es sich um einfache „Gruben“ handelte, d.h. nicht um bergmännisch betriebenen Stollenbau oder gar Schachtanlagen. Die Gruben waren sehr klein, hatten wenige Beschäftigte und produzierten lediglich für lokale Märkte. Der frühere Bergbau des Landes, seine Blütezeit lag um 1300 und um 1500, existierte nach fachmännischem Urteil nur noch „in kümmerlichen Resten“ und befand sich 1740/41 in einem „traurigen Zustand“.¹¹¹ Bei Kupferberg und Goldberg wurden Kupfer, Schwefel-

dass die Wirtschaft keine reine Agrarwirtschaft mehr gewesen sei, allein auf Oberschlesien und zwar am Ende des Jahrhunderts.

¹⁰³ Ausführlich Zimmermann, Blüte (1885), 1-12, Boldorf, Leinenregionen (2006), insb. 29-43.

¹⁰⁴ Michael, Hausweberei (1925), 18ff.

¹⁰⁵ Fuchs, Wirtschaft (2000), 95.

¹⁰⁶ Göbel, Kaufmanns-Sozietät (1933) und Boldorf, Leinenregionen (2006), 58-92.

¹⁰⁷ Fuchs, Wirtschaft (2000), 107/08; von den älteren Arbeiten Aubin, Anfänge (1942), 105-178; Frohne, Textilindustrie (1905).

¹⁰⁸ Fuchs, Einfluß (1969), 214-244; Boldorf, Leinenregionen (2006).

¹⁰⁹ Boldorf, Leinenregionen (2006), 158-202.

¹¹⁰ Treue, Wirtschafts- und Technikgeschichte (1984), 57.

¹¹¹ Wutke, Wiederbelebung (1913), 1-24.

kies und Vitriolerz gefördert, in Giehren bei Fleinsberg gab es einen bescheidenen Zinnbergbau und im Waldenburger Revier wurde nach Blei und Silber gegraben. Die alten, ehemals bedeutenden Bergstädte betrieben den Bergbau nur noch zum Schein, um ihre Privilegien als Bergstädte nicht zu verlieren. Bei Waldenburg und in der Grafschaft Glatz wurde Steinkohle abgebaut, im Fürstentum Neiße gab es Vitriolgräberei, bei Tarnowitz eine Galmeigewinnung und an zahlreichen anderen Orten verstreut die Gewinnung von Raseneisenerz und Eisenstein. Beim Übergang der Provinz an Preußen wurden 25 Bergwerke gezählt, davon allerdings 19 Steinkohlenbergwerke, höchstens vier davon in Oberschlesien.¹¹²

Im späteren oberschlesischen Kernrevier, im Bereich des Zabrze-Myslowitzer-Hauptzuges des Steinkohlengebirges mit den mächtigen Sattelflözen, begann eine fachgerechte Erschließung der Lagerstätten erst relativ spät. In Oberschlesien soll 1750 auf der Brandenburggrube bei Ruda die erste Steinkohle bergmännisch gewonnen worden sein,¹¹³ obschon eine einfache Steinkohlengräberei schon weitaus früher belegt ist.¹¹⁴ Die bergmännische Erschließung der Steinkohlegrube Emanuelssegen in Pleß, die häufig als erste derartige Grube genannt wird und deren Beginn irrtümlich auf 1754 festgelegt wurde, lässt sich nach neueren Forschungsergebnissen erst auf 1768 datieren,¹¹⁵ d.h. sie entstand erst nach dem Ende des Siebenjährigen Krieges.

Ein blühender Bergbau in Schlesien existiert also beim Übergang der Provinz an Preußen noch nicht. Während der Erzbergbau gänzlich daniederlag, befand sich der Steinkohlebergbau höchstens in seinen Anfängen. Zudem lag das Hauptfördergebiet auch noch in Niederschlesien. „In den riesigen Steinkohlenanlagen Oberschlesiens gab es damals noch keinen `Bergbau`.“¹¹⁶ Für dessen Entwicklung war zunächst eine angemessene Bergordnung eine wichtige Voraussetzung. Am 6. Juni 1769 trat die „Revidierte Bergordnung für das souveräne Herzogtum Schlesien und die Grafschaft Glatz“ per königlichem Erlass in Kraft,¹¹⁷ die auf eine einheitliche Ordnung für den Bergbau und die Aufhebung aller bestehenden Spezialgesetze zielte. Dies betraf insbesondere das Bergregal des Königs betreffend die Steinkohlen, da ein Teil der Grundherren hier Privilegien besessen hatten, die das Regal des Königs in Frage stellten,¹¹⁸ und die Frage ob sich diese auch auf den Erzbergbau bezog.¹¹⁹ Ebenfalls wurde wie im übrigen Preußen eine eigenständige Bergbauverwaltung geschaffen und deren Befugnisse aus dem Zuständigkeitsbereich der Kriegs- und Domänenkammern gelöst.¹²⁰

Die Geschichte der Eisenindustrie reicht in Schlesien weit in die Vergangenheit zurück. 1328 soll ein erster Eisenhammer bei Freiwaldau¹²¹ gestanden und 1365 ein Luppenfeuer bei Tarnowitz existiert haben;¹²² bis ins 15. und 16. Jahrhundert lassen sich zahlreiche weitere Eisenhämmer- und hütten an den Flüssen und Bächen

¹¹² Schmeißer, *Vergangenheit* (1911), 731-752, hier: 738. Es handelte sich um fünf Kupfer- und Arsenikbergwerke, zwölf Steinkohlengruben in der Grafschaft Glatz, drei bei Beuthen und Ruda, eine in der Grafschaft Pleß und eine Galmeigrube bei Deutsch-Piekar. Tätig waren dort insgesamt nur 247 Personen.

¹¹³ Schmeißer, *Vergangenheit* (1911), 739; vgl. auch Kuhn, *Siedlungsgeschichte* (1954), 235.

¹¹⁴ Vgl. zu den Problemen der Datierung Skibicki, *Industrie* (2002), 72f. und 84f.

¹¹⁵ Skibicki, *Industrie* (2002), 85.

¹¹⁶ Treue, *Wirtschafts- und Technikgeschichte* (1984), 60.

¹¹⁷ Schmeißer, *Vergangenheit* (1911), 739f.

¹¹⁸ Zu den Privilegien im einzelnen Rynsch, *Erwerb* (1871), 136-152.

¹¹⁹ Bis dahin bestanden außerordentlich vielfältige Rechtsverhältnisse in Schlesien. Die Iglauer Bergordnung aus Böhmen, ebenso wie die Kultenberger Bergordnung, die um 1300 von König Wenzel erlassen worden war, wie auch die Joachimsthaler Bergordnung von 1548 galten als subsidiäres Recht, vgl. Schmeißer, *Vergangenheit* (1911), 737.

¹²⁰ Formberg, *Entwicklung* (1913), 697-730; Schulz-Briesen, *Staatsbergbau* (1933), insbes. Bd. 1, 55f.; Büchel, *Rechts- und Sozialgeschichte* (1941).

¹²¹ Kuhn, *Siedlungsgeschichte* (1954), 155.

¹²² Schmeißer, *Vergangenheit* (1911), 737.

Oberschlesiens nachweisen, die „nach den mittelalterlichen Maßstäben industrielle Großbetriebe“¹²³ waren. Das verbreitete „Erzfieber“ führte wie in den übrigen deutschen Mittelgebirgen auch in Schlesien zur Wiederbelebung des Bergbaus: Reichenstein wurde praktisch neugegründet, in Tarnowitz ein Silber- und Bleibergwerk errichtet und bei Kattowitz der „Althammer“ begründet. Die Ausbreitung des zweistufigen Eisengewinnungsverfahrens, d.h. die Erschmelzung des Erzes im Holzkohlenhochofen und die Gewinnung des Eisens in Frischfeuern und auf Eisenhämmern, bot die technologische Basis für den Aufschwung der schlesischen Eisenindustrie im 17. und 18. Jahrhundert. Beim Übergang der Provinz an Preußen befand sich die in Oberschlesien beheimatete Eisenindustrie nach Maßstäben der Zeit demnach „in voller Modernisierung“¹²⁴. In Niederschlesien gab es hingegen nur altertümliche Luppenfeuer und noch keine Hochöfen mit Frischfeuern.

Zu Beginn der preußischen Zeit (um 1742) sind in Oberschlesien insgesamt zwölf Hochöfen mit 28 Frischfeuern nachweisbar¹²⁵ und danach ging der Ausbau der Eisenindustrie zügig weiter.¹²⁶ In den 1750er Jahren nahm auch der preußische Staat durch die Gründung zweier Hochofenwerke in Malapane (1754) und Kreuzburg (1755) die Eisenherstellung auf.¹²⁷ Am 27. April 1769 wurde eine Hütten- und Hammerordnung zum Betrieb sämtlicher königlicher Hütten erlassen. Doch einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung der Provinz konnten zunächst weder die eher traditionellen und für den Armeebedarf geschaffenen staatlichen Hüttenwerke noch die der lokalen Nachfrage dienenden privaten Eisenhütten leisten.¹²⁸

Insgesamt befand sich die schlesische Wirtschaft zur Mitte des 18. Jahrhunderts demnach in keinem guten Zustand. Der Agrarsektor befand sich in einer krisenhaften Lage, in der die Ertragsfähigkeit stark beeinträchtigt und die Grundherren kaum noch zahlungsfähig waren. Der Bergbau war weitgehend eingestellt und die Steinkohlevorkommen weder bekannt noch erschlossen. Die Eisenindustrie kam trotz einsetzender Modernisierungen über eine lokale Bedeutung nicht hinaus. Allein das Leinengewerbe schien sich in einer kräftigen Aufwärtsbewegung zu befinden, die sich jedoch bald als eine Scheinblüte herausstellte. Wie aber beurteilte die preußische Administration die Lage der schlesischen Wirtschaft, als sich der König aus ganz anderen als aus ökonomischen Erwägungen auf das schlesische Abenteuer einließ und welche ökonomischen Erwartungen und Hoffnungen knüpften sich an den Erwerb der neuen Provinz? Und was bewirkte die neue preußische Herrschaft für die ökonomische Entwicklung des Landes?

Zunächst legte sie ihm neue Lasten auf, die mit den gewaltigen preußischen Kriegskosten verbunden waren, und die die ökonomische Erfolgsbilanz zumindest kurzfristig deutlich trübten. Zwar schienen diese Kosten zunächst nicht sehr hoch, da dem Berliner Frieden (1742) und dem Dresdner Friedensschluss (1745) eine zehnjährige Friedensepoche mit einer umfassenden Verwaltungsreform¹²⁹ und einem Aufschwung von Gewerbe und Handel folgte. Der Siebenjährige Krieg (1756-1763) machte jedoch viele dieser Fortschritte wieder zunichte.

Nach der Eroberung der Provinz und dem Besitzergreifungspatent (29. Okt. 1741) sowie der Erblandes-Huldigung in Breslau (7. Nov. 1741) war als ersten Schritt zur ökonomischen Konsolidierung ein „General-

¹²³ Kuhn, Siedlungsgeschichte (1954), 156.

¹²⁴ Kuhn, Siedlungsgeschichte (1954), 188.

¹²⁵ Kuhn, Siedlungsgeschichte (1954), 148f, zu den einzelnen Hochöfen und ihren Eigentümern.

¹²⁶ Kuhn, Siedlungsgeschichte (1954), 149, zwischen 1746 und 1757 wurden weitere sieben Hüttenwerke neu geschaffen.

¹²⁷ Vgl. unten, Seite 24.

¹²⁸ Vgl. Treue, Wirtschafts- und Technikgeschichte (1984), 57f.

¹²⁹ Zur Einrichtung einer preußischen Regierung in Schlesien von Ranke, Preußische Geschichte (1847/49) und Baumgart, Annexion (1984).

Feldkriegskommissariat¹³⁰ als oberstes Verwaltungsorgan eingerichtet worden. Doch schon im folgenden Jahr wurde dieses Provisorium wieder abgeschafft und stattdessen traten zwei Kriegs- und Domänenkammern in Breslau bzw. Glogau an dessen Stelle. Die gesamte Provinz wurde jedoch nicht in die allgemeine preußische Verwaltungsorganisation integriert, sondern sie unterstand bis 1806 einem direkt dem König zugeordneten besonderen Schlesienminister.¹³¹ Neben der allgemeinen Verwaltung wurde auch die Steuerverwaltung der neuen Provinz reformiert und eine „viel effektivere Besteuerung als jemals in Habsburger Zeit“¹³² etabliert. Das Grundsteueraufkommen konnte auf ca. 1,7 Mio. Taler jährlich gesteigert werden, da nun alle Bevölkerungsteile einschließlich des Adels erfasst wurden. Die städtische Akzise erbrachte ca. 600.000 Taler jährlich.¹³³

Der erste schlesische Gesamtetat für 1743 mit einem Gesamtvolumen von 3,5 Mio. Talern erbrachte einen Überschuß von etwa 800.000 Talern; so „ernährte der Preußenkönig eine ganze Armee aus dem Lande, ohne das dieses darüber ruiniert worden wäre“.¹³⁴ Diese Situation änderte sich durch den Siebenjährigen Krieg schnell, der nicht nur Schlesien, sondern ganz Preußen außerordentlich stark belastete und schließlich sogar seine Existenz bedrohte. Die Gesamtkosten dieses Krieges werden auf 139 Mio. Taler geschätzt.¹³⁵ Wenn gleich ein großer Teil der Kosten auf Sachsen, Mecklenburg und Pommern nach deren Eroberung abgewälzt werden konnte, ein Kriegsschatz zur Verfügung stand und englische Subsidien flossen, blieb während des Krieges zwischen 1756/57 und 1762/63 ein Finanzierungsdefizit von über 10 Mio. Taler bestehen. Dieses wurde weitgehend durch eine Münzverschlechterung, d.h. eine staatlich initiierte Inflation, finanziert, mit dem Resultat einer allgemeinen Unsicherheit im Geschäftsleben. Gemäß dem Greshamschen-Gesetz¹³⁶ wurde „gutes“, d.h. vollwertiges, Geld von den Wirtschaftssubjekten „gehamstert“ und verschwand aus der Zirkulation, während das minderwertige „schlechte“ Geld zur Schuldentilgung eingesetzt wurde. Um 1760 befanden sich praktisch nur noch Scheidemünzen in der Zirkulation und der Mangel an vollwertigem preußischen Geld war so groß, dass man Zuflucht zu Notgeld und Blechmarken als Ersatz nahm. Ein allgemeiner Preisanstieg ging mit einer „Flucht in die Sachwerte“, mit wilden Bodenspekulationen und einer Hochkonjunktur für Händler und Spekulanten einher.¹³⁷ Neue Produktionsformen wurden dadurch nicht gefördert. Der Krieg brachte also einer „Anzahl von Lieferanten, Händlern und Bankleuten hohe Profite“, doch die dem „Kriege abgewandte Erzeugung verkümmerte im allgemeinen“¹³⁸, resümierte Ludwig Beutin zutreffend.

Nicht nur durch die Schlesischen Kriege wurde das Land beeinträchtigt, auch die Finanz- und Handelspolitik des preußischen Staates nach 1763 trug nur wenig zur Hebung der wirtschaftlichen Lage bei. Die Mängel in der preußischen Finanzverwaltung lagen neben dem Problem der regionalen Zersplitterung der Finanzwirtschaft vor allem in der Unzulänglichkeit des mit der Verwaltung betrauten Unterpersonals. Es wurde außerordentlich schlecht bezahlt, so dass Korruption und Bestechung keine Ausnahmen blieben.¹³⁹ Eine zentrale

¹³⁰ Schädlich, Generalfeldkriegskommissariat (1913).

¹³¹ Diese waren Ludwig Wilhelm von Münchow (1712-1753), der bis zu seinem Tode (1753) amtierte; Joachim Ewald von Massow (1697-1769) versah dieses Amt zwischen 1753 und 1755, diesem folgte Ernst Wilhelm von Schlabrendorf (1719-1769), der bis zu seinem Tode 1769 diesen Posten inne hatte. Anschließend leitete Karl Georg Heinrich von Hoym (1730-1807) das Sonderministerium bis zu dessen Auflösung 1806.

¹³² Baumgart, Annexion (1984), 100.

¹³³ Zu den Zahlen vgl. Koser, Geschichte (1963), Bd. II, 124f.

¹³⁴ Baumgart, Annexion (1984), 101.

¹³⁵ Koser, Finanzen (1910).

¹³⁶ Benannt nach Thomas Gresham (1519-1579), einem englischen Kaufmann und Finanzpolitiker, der diesen Zusammenhang erstmals in seinem „Memorandum on the Understanding of Exchange“ formulierte; Hesse, Ökonomen-Lexikon (2003), 135f.

¹³⁷ Ausführlich Skalweit, Berliner Wirtschaftskrise (1937).

¹³⁸ Beutin, Wirkungen (1963), 265f.

¹³⁹ Vgl. Schneider, Geschichte (1952), insb. 97f.

Kasse gab es nicht und das Kassen-, Rechnungs- und Kontrollwesen entwickelte sich sehr zögerlich parallel zur eigentlichen Finanzverwaltung, obwohl bereits 1714 eine separate Generalrechnungskammer errichtet worden war.¹⁴⁰

In den verschiedenen preußischen Landesteilen wurde eine unterschiedliche Akzise- und Zollpolitik verfolgt. Sie entsprach nur begrenzt den ökonomischen Strukturen der einzelnen Provinzen, sondern vielmehr den besonderen Intentionen des Herrschers. Im Westen, in Minden-Ravensburg und der Grafschaft Mark, entfaltete die merkantilistische Zollpolitik gewiß keine positiven Effekte, vor allem die mittleren Provinzen sollten durch sie gefördert werden, und Schlesien eher fiskalischen Ansprüchen dienen.¹⁴¹ In der Praxis wurden die Vorschriften häufig ignoriert, weil korrupte Beamte eine effiziente Kontrolle verhinderten. Der Staat verfügte nicht über die Mittel zur Durchsetzung einer konsistenten Handels- und Steuerpolitik, so dass eine beachtliche Diskrepanz zwischen den Erwartungen der Behörden und den tatsächlichen Verhältnissen beobachtet werden kann: Schmuggel, Korruption und Nichtbeachtung der Vorschriften prägten das Bild. Insgesamt zeigt sich am Beispiel der preußischen Handels- und Steuerpolitik wohl wie wenig sich merkantilistische Maßnahmen gegen Markttendenzen durchsetzen konnten. Sie erwiesen sich auch für die ökonomische Entwicklung der Provinz Schlesien eher als hinderlich, im besten Falle als irrelevant.¹⁴²

Wenn die skeptische Einschätzung über die Wirkung der preußischen Merkantilpolitik im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung Schlesiens für die Finanz- und Handelspolitik gilt, so bestätigt sich diese auch im Bereich der Gewerbepolitik. Schon vor 1756 hatte Friedrich II seinem Schlesienminister von Schlabrendorff die Förderung der Manufakturen besonders ans Herz gelegt.¹⁴³ Anlass zu dieser Mahnung gab der 1753 beginnende Zollkrieg mit Österreich, in den 1755 auch Sachsen einbezogen wurde. Nach dem Hubertusbürger Frieden (1763) wurden weitere protektionsistische Maßnahmen erlassen, weil der Handel einbrach und die Zolleinnahmen sanken.¹⁴⁴ Zum Ersatz der Importwaren sollte die einheimische Gewerbeproduktion angeregt werden, sei es durch die Heranziehung fremder Gewerbetreibender, sei es durch die Gründung von Staatswerken. Daher erhielt Schlabrendorff nach einem Vortrag beim König im Dezember 1763 die Ordre, in Schlesien Fabriken zu errichten. Auch hier sollte das sogenannte preußische „Fabrikensystem“ den Import ausländischer Waren überflüssig machen. Bereits zwischen 1759 und 1762 waren einige Fabriken gegründet worden, doch erst nach dem Ende des Krieges wurde der Schlesienminister mit der Anfertigung eines Planes zur Förderung der Manufakturen in Schlesien beauftragt.¹⁴⁵ Dieser merkte am Ende des Schriftsatzes an, es müsse „darauf gesehen werden, dass alles auch wirklich geschehe; sonst wird es in Nichts verwandelt und viel geschrieben, aber wenig oder wohl gar nichts gethan werden.“¹⁴⁶ Der Minister hegte wohl von Anfang an Zweifel an der Durchführbarkeit des Vorhabens.

Vier Gruppen von Untertanen waren es vor allem, von denen die Obrigkeit die Einrichtung entsprechender „Fabriken“ erwartete: geistliche Stifter, Juden, Grundherrschaften und Städte, die mit Mitteln des 1743 eingerichteten „Hauptmanufakturfonds“ ausgestattet werden sollten. 46 geistlichen Stiftern wurde u.a. die Gründung von Leinwand-„fabriken“ aufgetragen, doch nur einige waren dazu bereit. Immerhin gelang es diesen insgesamt 418 Webern in 39 „Fabriken“ Arbeit zu geben. Weiter gelang es dieser Gruppe 187 „Etablis-

¹⁴⁰ Ullmann, Steuerstaat (2005), 15-18.

¹⁴¹ Nolte, Merkantilismus (2004), 255-265 mit Hinweisen auf die ältere Literatur zum Thema.

¹⁴² Pollard, Conquest (1981), 159-163.

¹⁴³ Ich folge hier im Wesentlichen Fechner, Fabrikengründungen (1901/04), 618-652.

¹⁴⁴ Fechner, Fabrikengründungen (1901/04), 621.

¹⁴⁵ Dieser Plan trug den Titel „Nachweisung des Zustandes der schlesischen Städte in Absicht der darin befindlichen und zu vermehrenden Fabriken“ und enthielt ein hohes Lob durch Kabinettsordre vom 31. März 1764, Fechner, Fabrikengründungen (1901/04), 627.

¹⁴⁶ Fechner, Fabrikengründungen (1901/04), 628.

ments“ (u.a. eine Hut- und eine Tapetenfabrik) zu errichten, was als „großer Erfolg“ gefeiert wurde. Vermögende Juden, die zweite als Gründer ins Auge gefasste Gruppe, gab es in Schlesien kaum, so dass deren Beteiligung gering war. Noch geringer war der Erfolg bei den Dominalbesitzern und auch die Breslauer Kaufmannschaft hielt sich sehr zurück. Letztere zeichneten sich lediglich durch die Gründung der Eisenhütte Königshuld an der Malapane aus, die jedoch niemals richtig florierte. Bürgerliche Unternehmer nutzten ebenfalls die Chance, mit königlicher Unterstützung „Fabriken“ zu gründen und der preußische Staat selbst errichtete in Malapane und Kreuzburg Eisenhütten, sowie in Tarnowitz eine Blei- und Silberhütte, die die vormalige Förderung wieder aufnahm.¹⁴⁷

Den Fabrikengründungen standen zahlreiche in dieser Zeit „eingegangene Fabriken“ (knapp 500) gegenüber; und die summierte Zahl der Arbeiter, d.h. ohne Abgänge der Arbeiter und Schließungen der Etablissements, belief sich auf lediglich 17.000. Die Kammertabellen über die neuen Fabriken vermelden für 1765-1782 weit geringere Arbeiterzahlen (7.844) und weisen darauf hin, dass auch diese Zahl weit überhöht ist,¹⁴⁸ weil die Zahlen auch nur saisonal beschäftigte Arbeiter umfassten und diejenigen, die schon vor 1765 tätig gewesen waren. Häufig wurden mehr als die tatsächlich beschäftigten Arbeiter gemeldet, z.T. handelte es sich um Doppelzählungen. Soldaten, die im Nebenerwerb als Spinner¹⁴⁹ tätig waren, wurden ebenso mitgezählt, wie die arbeitenden Insassen von Armen- und Waisenhäusern, ja selbst Zuchthäuser zählten als „Fabriken“ und „Hunderte von Kindern zählten als Arbeiter mit.“¹⁵⁰ Die Lebensbedingungen dieser Arbeiter waren mehr als prekär und es ist unklar wie diese Arbeiter überhaupt existieren konnten; Fechner nimmt an, dass die angeführten „Fabrikanten“ in Schlesien jährlich kaum über 50 Reichstaler verdienten wohingegen eine sechsköpfige Familie im Jahr allein ca. 36 Reichstaler für Brot benötigte.

Viele Fabrikgründungen sind deshalb sehr schnell wieder eingegangen. Die geistlichen Stifter machten sich keine Mühe mit ihrem Geschäft, sie verstanden auch nichts davon. Fremde Fabrikanten waren zumeist unzünftig und wurden von den Ortsansässigen als unwillkommene Konkurrenz empfunden. „Tatsächlicher Mangel an Debit“, d.h. die fehlende Nachfrage war der Hauptgrund des Scheiterns. Und dies beruhte vor allem auf der Handelssperre wegen des Zollkriegs mit dem Habsburgerreich und Sachsen, denn der „Absatz im Inlande war infolge der Verarmung der Bevölkerung durch den Krieg beschränkt.“¹⁵¹ „Die Maßnahmen, die Friedrich der Große traf, um den Debit zu fördern, verschlimmerten zumeist das Übel und verfehlten viel Zweck“ – so das vernichtende Urteil von Fechner über das Fabriken-System. Der Transitzoll führte zu einer Umleitung des Handels über Teschen und schloss den Zustrom notwendiger Güter aus, das Wollausfuhrverbot förderte den Schmuggel und drückte auf die Produktion, Einfuhrverbote (z.B. von Farben) erschwerten die heimische Produktion. „So blieben denn Waren Jahr für Jahr auf Lager, Kapital und Arbeitslohn waren weggeworfen“¹⁵², der Kredit verfiel, Maulbeerplantagen und Weinberge gingen im rauen Klima wieder ein.

Es war aber durchaus nicht so, dass nicht bereits sehr früh berufene Stimmen vor diesem Fiasko gewarnt hätten.¹⁵³ Doch der König hielt unbeirrt an den Fabrikschöpfungen fest, obwohl der zuständige Minister Hoym Jahr für Jahr über den Rückgang der Gewerbe und die wachsenden Lagerbestände berichtete. Das scheint

¹⁴⁷ Eine Auflistung sämtlicher Fabrikgründungen in Schlesien zwischen 1763 und 1786 findet sich bei Fechner, *Fabrikengründungen* (1901/04), 636/37. Es handelt sich um 1.302 „Etablissements“, z.T. kleinster Art. Es sei daran erinnert, dass in der zeitgenössischen Diktion ein „Fabrikant“ lediglich ein Gewerbetreibender für den überörtlichen Bedarf war, so dass z.B. einzelne kleingewerbliche Weber nach dieser Terminologie eine „Fabrik“ betrieben.

¹⁴⁸ Fechner, *Fabrikengründungen* (1901/04), 638.

¹⁴⁹ Fechner, *Fabrikengründungen* (1901/04), 648.

¹⁵⁰ Fechner, *Fabrikengründungen* (1901/04), 638.

¹⁵¹ Fechner, *Fabrikengründungen* (1901/04), 640.

¹⁵² Fechner, *Fabrikengründungen* (1901/04), 641.

¹⁵³ Bereits 1769 hatte die Bergwerkskommission unter Reinhardt und Gerhard (vgl. unten), das Fabrikenprogramm kritisiert und auch der Finanzminister von Cramer warnte vor dem drohenden Ruin der Fabriken, Fechner, *Fabrikengründungen* (1901/04), 642.

eher sogar eine Ausnahme gewesen zu sein, häufig waren die Berichte aus Furcht vor dem königlichen Unwillen geschönt. Ob eine besser Information genutzt hätte, bleibt fraglich, denn der König ignorierte weitgehend ungünstige Nachrichten und zudem wurden Ratschläge selten befolgt und Anweisungen häufig umgangen.¹⁵⁴ Sehr viele Gründungen gingen trotz Unterstützung durch die Regierung zugrunde und zahlreiche Fabriken waren nur durch große Zuschüsse aufrecht zu erhalten. Eine Ausnahme waren die staatlichen Eisenhütten, von denen später noch die Rede sein wird, diese hatten sich „fast sämtlich gut behauptet.“¹⁵⁵ Insgesamt war Friedrichs II „Fabrikensystem“ in Preußen insgesamt wenig erfolgreich und in Schlesien praktisch gescheitert.¹⁵⁶ Inwieweit die friderizianische Merkantilpolitik sich für die neue Provinz Schlesien als segensreich erwies, muss daher kritisch hinterfragt werden

Der wohltätige Effekt einer gezielten Entwicklungsförderung in Schlesien ist demgegenüber in der Literatur schon immer stark hervorgehoben worden. Bereits vor einhundert Jahren betonte G. Croon, dass Preußen nach 1740 als Wohltäter der Provinz Schlesien aufgetreten sei und diese aus dem österreichischen Schlandrian herausgeführt habe.¹⁵⁷ Dieser Topos einer zielgerichteten Wirtschaftspolitik des preußischen Staates spielt auch für die Beurteilung der staatlichen Industrie- und Gewerbeförderung am Ende des 18. Jahrhunderts eine große Rolle.¹⁵⁸ Wenngleich die Wirkung der friderizianischen Merkantilpolitik auf Schlesien heute eher negativ beurteilt wird,¹⁵⁹ so fehlt immer noch ein klares Bild über die Veränderungen in der wirtschaftlichen Lage Schlesiens seit der Mitte des 18. Jahrhunderts. Es verwundert daher nicht, dass auch in der wirtschaftshistorischen Forschung z.T. widersprüchliche Urteile über den ökonomischen Entwicklungszustand der Provinz zu diesem Zeitpunkt zu finden sind. „Silesia was a poor and backward province“¹⁶⁰ urteilt Pounds, während Henderson dem entgegenhielt: „At that time [1740] Silesia was one of the most prosperous territories in central Europe.“¹⁶¹ Die widersprechenden Aussagen beider Autoren beziehen sich auf die Mitte des 18. Jahrhunderts. Daher ist es nötig die verstreuten Informationen über die wirtschaftliche Situation der Provinz beim Übergang an Preußen zusammenzuführen, um den ökonomischen Wert des neu gewonnenen preußischen Territoriums genauer einschätzen zu können. Dies gilt insbesondere für den späteren industriellen Kern der Provinz, für Oberschlesien. Die entsprechenden Fakten werden anschließend mit den Hoffnungen und Erwartungen konfrontiert, wie sie der neue Herrscher und seine Administration in den Akten zum Ausdruck brachten.

3. Preußische Industriepolitik in Oberschlesien 1740-1786

Nach der Gründung des Bergbau- und Hüttendepartements (der 7. Abteilung des Generaldirektoriums in Berlin) im Jahre 1768¹⁶² begann dessen erster Präsident, der Minister Freiherr von Hagen¹⁶³, sich einen Überblick über die Zustände im Berg- und Hüttenwesen der preußischen Monarchie zu verschaffen. Die Grün-

¹⁵⁴ Fechner, Fabrikengründungen (1901/04), 650f. „Wie es eigentlich mit dem Lande insbesondere mit den neugegründeten Fabriken stand, davon hat Friedrich der Große niemals recht Kunde erhalten.“ ebd. 650.

¹⁵⁵ Fechner, Fabrikengründungen (1901/04), 650.

¹⁵⁶ Gleiches gilt für ähnliche Bemühungen im Habsburgerreich zwischen 1740 und 1763; vgl. Pribram, Geschichte (1992), VIII.

¹⁵⁷ Croon, Wirkungen (1908), 315ff. und die Entgegnung von Fechner, Wirkungen (1909), 315-323; in einem abwägenden Überblick Kaufhold, Schlesien (2002), 139-150.

¹⁵⁸ Kritisch dazu Pierenkemper, Wachstum (1992), 77-106.

¹⁵⁹ Kaufhold, Schlesien (2002), 147 mit Hinweisen auf Treue, Eingliederung (1984), 119-134, hier: 120f.

¹⁶⁰ Pounds, Industrial Region (1958), 1.

¹⁶¹ Henderson, State (1967), 1.

¹⁶² Vgl. Schulz-Briesen, Staatsbergbau (1933), insbes. 31 und Wiegand, Salinenverwaltung (2000), Einleitung 13-149, hier: 21f.

¹⁶³ Zur Person von Hagens und zu dessen Wirken im Märkischen Bergwerksbezirk vgl. Fessner, Steinkohle (1998), 233-264.

derung des schlesischen Oberbergamtes im folgenden Jahr zielte in die gleiche Richtung.¹⁶⁴ Zur Erkundung des schlesischen Hauptbergdistriktes empfahl der Minister am 19. August 1768, eine Immediatkommission zur Untersuchung der schlesischen Verhältnisse einzusetzen und eine entsprechende Erkundungsreise der neuen Kommission zu veranlassen. Denn in „Schlesien und der Grafschaft Glatz sollen viele Mineralien vorhanden sein, welche noch der summarischen Erkundung einer näheren Untersuchung verdienen“¹⁶⁵. Der Bergrat Gerhard und der Geheime Finanzrat Reinhardt wurden mit dieser Aufgabe betraut¹⁶⁶ und sollten vor allem nach Bleierz, Kupfer sowie Eisen Ausschau halten. Von Steinkohlen war zu diesem Zeitpunkt noch keine Rede. Zugleich wurde der König gebeten, den Schlesienminister speziell anzuweisen, die Kommission vor Ort tatkräftig zu unterstützen. Die positive Antwort des Königs an Minister von Hagen vom 20. August 1768 folgte nicht nur dessen Empfehlung, sondern der König drückte zudem die Hoffnung aus, „daß in diesen Gebirgen viele nützliche Mineralien verborgen liegen.“¹⁶⁷

Trotz der Anweisungen kümmerte sich der Provinzialminister im fernen Breslau jedoch wenig darum und sah sich durch die Kommission eher in seinen Zuständigkeiten eingeschränkt, was zu „lebhaften Zusammenstößen“ zwischen Gerhard und Reinhardt einerseits und dem Minister andererseits führen sollte.¹⁶⁸ Im Januar 1769 hatten die beiden Reisenden eine ausführliche Reiseplanung vorgelegt. Insgesamt sollten 67 Orte besucht werden. Bezeichnenderweise lagen nur drei dieser Orte im späteren oberschlesischen Industrievier, nämlich die Gemeinden Nicolai, Beuthen und Tarnowitz, was den geringen Wert Oberschlesiens für das preußische Bergwerks- und Hüttenwesen damals deutlich macht. Niemand wäre zu diesem Zeitpunkt auf die Idee gekommen, gerade hier die Entstehung eines Industrieviers zu erwarten.

Diese Einschätzung teilte offenbar auch der König selbst, der auf seinen jährlichen Revuereisen auch Schlesien visitierte. Im Durchschnitt dauerten seine Schlesischen Reisen jährlich 22 Tage, wobei er bis 1770 jährlich zwischen 25 und 30 Tage in Schlesien verbrachte, nach 1770 deutlich weniger.¹⁶⁹ Abweichungen vom üblichen Reiseweg zur Visitation der Niederschlesischen Regimenter führten ihn zwischen 1763 und 1786 insgesamt neunmal in die Leinwandstädte am Riesengebirge. Nur gelegentlich reiste der König mit einem Abstecher nach Oberschlesien.¹⁷⁰ Lediglich im Jahre 1779 besichtigte er während einer fünftägigen Revuereise auch einige Gewerbebetriebe, nämlich die Messingwerke Schlawentzitz bei Jakobswalde, die Zedlitzer Eisen- und Drahhütte sowie Kolonien in Kupferberg, Grafenroth und Derschau. „Auf dieser Oberschlesischen Reise kam Friedrich – das einzige Mal seit 1763 – auf die rechte Oderuferseite“¹⁷¹. Auch dies doku-

¹⁶⁴ Vgl. Wiegand, Salinenverwaltung (2000), 21f., Fn 18-21. Es folgte 1772 das Magdeburg-halberstädtische Oberbergamt, seit 1844 als Niedersächsisch-thüringisches Oberbergamt firmierend und 1810 für den Brandenburg-preußischen Hauptbergdistrikt das Oberbergamt mit Sitz in Berlin, das 1838 als selbständige Behörde aufgehoben und dem Finanzministerium eingegliedert wurde. Das Märkische Bergamt wurde 1792 zum Westfälischen Oberbergamt erhoben. Vgl. zu letzteren Fessner, Steinkohle (1998), 339.

¹⁶⁵ Berlin, den 19. Augusti 1768, v. Hagen Ad Regem, in: Acta betreffend die Untersuchung des Schlesischen Gebirges durch eine im Jahre 1769 angeordnete besondere Commission und dabei gemachte Anordnungen, GStA PK I, Reg. 121, D III 9, Nr. 10, Bd. 1. Diese Praxis, außerordentliche Kommissare zu Untersuchungen der Bergbauverhältnisse nach Schlesien zu senden, war bereits seit 1742 üblich. In diesem Jahr sandte der König den Kriegsrat von Hattorf nach Schlesien, nachdem zuvor die Glogauer Kammer bereits die Gruben im Jauerschen durch den Kreisphysikus Dr. Lippert bereisen ließ. 1746 sandte der König mit erneutem Auftrag den Grafen Stolberg-Weringerode nach Schlesien. Immer wieder kam es zu ähnlichen Reisen, bis 1779 der Minister von Heinitz sich selbst dorthin begab. Vgl. zu den verschiedenen Reisen knapp Fechner, Wirtschaftsgeschichte (1907), 27f.

¹⁶⁶ Zur Einsetzung dieser Kommission vgl. auch Wutke, Die Wiederbelebung (1913), 9 auf der Basis der Akten des Staatsarchivs Breslau, Reg. 199, Ministerial Registratur IV.2, Vol. 1.

¹⁶⁷ Antwort des Königs an v. Hagen, v. 20. August 1769, GStA PK I, Reg. 121, D III 9, Nr. 10, Bd. 1.

¹⁶⁸ Vgl. dazu Wutke, Wiederbelebung (1913), 9; zur Struktur der Beamtenschaft vgl. Ziekursch, Beiträge (1907).

¹⁶⁹ Pfeiffer, Revuereisen (1904), 52.

¹⁷⁰ Pfeiffer, Revuereisen (1904), 53f. In den Jahren 1764, 1772, 1782, 1783 und 1784 blieb er lediglich eine einzige Nacht in Oberschlesien. Er kam dabei von Glatz nach Kosel und besichtigte das dortige Regiment. 1767 verbrachte er drei, 1779 sogar fünf Tage in Oberschlesien.

¹⁷¹ Pfeiffer, Revuereisen (1904), 55.

mentiert das relativ geringe Interesse des Königs am oberschlesischen Landesteil.¹⁷²

Das geringe Interesse der preußischen Administration am ökonomischen Potential Oberschlesiens spiegelt sich auch in den Berichten der Explorationskommission während ihrer Reise im Sommer 1769. So berichteten sie am 8. Juni 1769 ausführlich über die Bergwerksverhältnisse in den niederschlesischen Orten Bunzlau und Loewenberg¹⁷³, am 24. Juli aus Hirschberg¹⁷⁴, am 3. August aus Bolkenhagen, Landeshut und Schweidnitz¹⁷⁵ in Niederschlesien; am 15. August berichten sie aus Halberschwerdt über die Verhältnisse in Schweidnitz und in der Grafschaft Glatz,¹⁷⁶ am 24. September aus Reichenstein, dem zeitweiligen Sitz des Oberbergamtes.¹⁷⁷ Erst ganz am Ende der Reise kommt die Kommission auf die Bergbauverhältnisse in Oberschlesien zu sprechen. Dabei geht sie durchaus detailliert auf die örtlichen Verhältnisse ein, allerdings nur auf die der Tarnowitzer Gegend und hier vor allem auf den Metallergbergbau. Über reiche Steinkohlelagerstätten informiert der sehr ausführliche Bericht der Kommission allerdings nicht:

„Was nun das Gebürge in denen bei den Standes Herrschaften Beuthen und Pless anbetrifft, so zeigt selbiges durch sein ganz ungemeyn sanftes Ansteigen, durch seine lagenförmige Structur und durch das Kalkstein Dach, in welchen viele Versteinerungen liegen, vollkommen deutlich, dass selbiges ganz und gar zu denen Flötz Gebürgen gehörr, welches allhier von dem Zusammenfließen des Polnischen, Ungarischen, und Maerischen Gebürges, so durch die Fürstenthümer Jaegerndorf und Teschen durchstreicht, entstanden, in dem man sich also auf [...] Gänge gar keine Rechnung machen kann.

Wegen des ungemeyn sanften Ansteigens desselben, fallen auch die darin liegenden Flötzen ungemeyn flach und schwebend, und die aus dieser Ursache [...] gar kein tiefer Stolln, oder doch nur, in einer sehr großen Entfernung, angebracht werden können, so wird dadurch wie auch durch den Überfluß des Wassers in diesen Gebürge die Betreibung der Berg Werke ungemeyn schwer gemacht.

Bey Untersuchung dieses Gebürges haben wir,

1.) unser Augenmerk zuförderst auf die Gegend bey Tarnowitz gerichtet, alwo in den älteren und neuern zeiten ein beträchtlicher Bau auf Bley Silber und Vitriol umgegangen ist, so wie gegenwärtig bloß auf Eisen Stein gearbeitet wird.

Den alten Bau betreffend, so ist selbiger ohnestreitig am stärksten in denen gegenden nach dem Dorfe Lowitz und Alt Tarnowitz zu, betrieben worden, wie dieses die unzähligen Bingen und Halden alda beweisen, auf denen auch hin und wieder Bley Glantze in Kalk Stein eingezwengt, liegen, und sind auch von beyden Orten aus, denen eingezogenen Nachrichten zu folge, Stollens nach diesen Ertzen getrieben worden, die aber anjetz ganz und gar verbrochen sind.

Diese Umstände scheinen aber auch vollkommen deutlich zu beweisen, daß man sich hier schwerlich auf [...] vorhandene Ertze mit Grund Hoffnung machen könne. Denn die fast ungläubliche Menge an Bingen und Halden zeigt hinlänglich, daß die Ober Fläche ausgeraubet sey, und wegen der angetriebenen und an 12 Lachter Teufe einbringender Stollen, kann man kaum glauben, daß die alten noch in der Teufe sollten Ertze gelassen haben, da man hier mit einem bloßen Flötz Gebürge zu thun hat, dessen Flötzen fast schwebend sind, und also höchstens wenig [...] haben.“¹⁷⁸

¹⁷² Gleichwohl klagte der König über den Mangel an Industrie in Oberschlesien; vgl. von Ranke, Preußische Geschichte (1847/49), 379.

¹⁷³ Fluisburg, den 9. Juni 1769: Die Schlesische Berg Werks Commission berichtet alleruntertänigst von der Beschaffenheit der im Buntzlauischen Loewenbergischen Bezirk vorgefundenen Berg-Werks Gänge und Mineralien. GStA PK I, Reg. 121, D III 9, Nr. 10, Bd. 2, Blatt 13-37.

¹⁷⁴ Neurade, den 24. Juli 1769: Die Schlesische Berg Werks Commission berichtet alleruntertänigst von den in dem Hirschbergischen Bezirke befindlichen Mineralien und Gänge daselbst schon stürmisch in Gänge gehenden Werken, GStA PK I, Reg. 121, D III 9, Nr. 10, Bd. 2, Blatt 46-69 RS.

¹⁷⁵ Glatz, den 3. August 1769: Die Schlesische Berg Werks Commission berichtet alleruntertänigst von einigen in den Bolkenhagen-Landeshut und Schweidnitzschen Kreisen begangenen bauwürdigen Orten, GStA PK I, Reg. 121, D III 9, Nr. 10, Bd. 2, Blatt 76-82.

¹⁷⁶ GStA PK I, Reg. 121, D III 9, Nr. 10, Bd. 2, Blatt 85-95.

¹⁷⁷ GStA PK I, Reg. 121, D III 9, Nr. 10, Bd. 2, Blatt 101-101 RS.

¹⁷⁸ Reichenstein, 1. Okt 1769: Die Schlesische Berg Werks Commission berichtet alleruntertänigst von dem Kristallbehufe bei Pribron und denen in den Standesherrschaften Beuthen und Pless befindlichen Berg Werken, Flötzen und Mineralien, GStA PK I, Reg. 121, D III 9, Nr. 10, Bd. 2, Blatt 104-105.

Selbst für Tarnowitz erwarteten die Beamten keinen prosperierenden Steinkohlenbergbau. Nach ihrer Rückkehr erstellten die beiden Reisenden, Bergrat Gerhard und der Geheime Finanzrat Reinhardt, dem König auch über das Oberbergamt Reichenstein einen Bericht, der eine Liste „Nachricht von denen in Schlesien befindlichen alten oder in Betrieb stehenden Bergwerken“¹⁷⁹ als Anlage enthielt. Dort wurden 27 altertümliche Gruben aufgeführt, meist handelt es sich um die Förderung von Kupfer, Galmei, Bleikristall und nur selten um Kohle – von Eisen ist keine Rede. Zudem befanden sich die aufgeführten Gruben überwiegend in Niederschlesien und nur wenige in Oberschlesien.

Der abschließende Bericht der Kommission vom 10. November 1769¹⁸⁰, dessen Ergebnisse durch von Hagen zusammengefasst an den König weitergeleitet wurden¹⁸¹, kam insgesamt zu einem Befund über den Zustand und das Entwicklungspotential des schlesischen Berg- und Hüttenwesens, der interpretationsbedürftig ist:

„27 wirklich in Betriebe stehende Kupfer-Arsenical-Galmei-Cristal und Kohlen-Werke [...], 5 andere Werke, nach der jetzigen Untersuchung gantz von neuen in Betrieb gesetzt [...], 16 andere, verfallende Werke, wozu [...] Gewerkschaften engagiert wurden folglich mit guter Hoffnung gebaut [...], 10 alte verfallene Werke [...], 10 entdeckte neue Gänge, in der Folge, mit Hoffnung und Guten Erfolg, vorgenommen, und betrieben werden können“

Die Aufstellung lässt sich nicht als Potential für einen zukünftigen gewerblich-industriellen Aufschwung lesen. Bei den genannten Förderstühlen handelte sich vielmehr um Gruben, die nur lokalen Bedürfnissen dienten. Die Zahl der verfallenen Werke hielt sich die Waage mit den neu entdeckten Gängen, die zwar „mit Hoffnung“ betrieben werden sollten, doch wenig Zukunft besaßen.¹⁸² Im niederschlesischen Schreiberau, Krummhübel und Gottesberg fanden sich Bleierze, in Hohen Girsdorf und bei Oberlustritz neben Blei- auch Silbererz. Für Oberschlesien werden Vitriol-Erze in Tarnowitz, Blei- und Silbererze in Rudi Pekary sowie Dombrowka bei Beuthen erwähnt, jedoch ohne nähere Angabe zu den erwarteten Mineralien. Man wusste offenbar noch weniger als anderswo von den vorgeblich auffindbaren „Schätzen“, weshalb man sich eher ins Hörensagen flüchtete:

„Allhier ist in alten Zeiten [...] so Berg Bau gestanden, daß man beinahe glauben muß es sey aller ausgeraubt, man müßte aber durch einen [...] Stollen verfahren, ob noch hier Erze stehen mögen.“

Bezeichnenderweise ist auch hier wieder von Erzen die Rede, nicht aber von Kohlen, denn die Steinkohlenlagerstätten waren weder bekannt, noch ihr Nutzen erwiesen. Die preußische Obrigkeit sah das Bergbau- und Hüttenwesen der neuen Provinz mit den Augen einer vormodernen Ökonomie. Es ging um Metallergbergbau und die Gewinnung mineralischer Rohstoffe, wie sie seit dem Mittelalter vertraut waren. Dass insbesondere das rückständige Oberschlesien mit den Steinkohlen einen Schatz barg, der für eine moderne Industrielwirtschaft unvergleichlich wertvoller war, erkannte man in den 1760er Jahren noch nicht, obschon andernorts die Steinkohlenförderung bereits betrieben und ökonomisch verwertet wurde.¹⁸³

Ohne Zweifel besaß die preußische Administration um 1770 noch nicht die Kompetenz, den wirtschaftlichen Wert der neu gewonnenen Provinz für Preußen richtig zu bestimmen und insbesondere die Rückständigkeit

¹⁷⁹ Berlin, den 1. November 1769: Die Schlesische Berg Werks Commission überreicht allergehorsamst die Commissions Acta, wegen der Etablierung des Ober-Berg-Amtes zu Reichenstein. GStA PK I, Reg. 121, D III 9, Nr. 10, Bd. 3, Blatt 1-33.

¹⁸⁰ Berlin, den 10. November 1769: Die Schlesische Berg Werks Commission stattet ihren Hauptbericht wegen Untersuchung des Schlesischen Gebirges wegen Auffinden und Verbesserung des ganzen Berg Baus, mit Bemerkungen der dabei vorgenommenen generalen Considerationen und erst noch nötig zu treffenden Einrichtungen zur allerhöchsten Prüfung und Entscheidung, alleruntertänigst ab. GStA PK I, Reg. 121, D III 9, Nr. 10, Bd. 3, Blatt 39-57.

¹⁸¹ Berlin, den 3. Dezember 1769, v. Hagen Ad Regem GStA PK I, Reg. 121, D III 9, Nr. 10, Bd. 3, Blatt 52, von Hagen bezieht sich auf Blatt 34-38 des Hauptberichtes.

¹⁸² Berlin, den 3. Dezember 1769, v. Hagen Ad Regem GStA PK I, Reg. 121, D III 9, Nr. 10, Bd. 3, Blatt 38.

¹⁸³ Pollard, Conquest (1981), 87-88, 94, weist darauf hin, dass selbst auf dem Kontinent, in Belgien und Frankreich, zu dieser Zeit bereits Steinkohlen im Tiefbau gewonnen wurden.

des dortigen Bergbau- und Hüttenwesens sachgerecht zu bewerten. Dieses Urteil wird gestützt durch die wenig zukunftsweisenden direkten industriepolitischen Aktivitäten des friderizianischen Merkantilismus in Oberschlesien. Dessen Wirkungen sind bis heute in der Literatur allerdings umstritten.¹⁸⁴ Ein einheitliches Entwicklungskonzept, insbesondere für die Rolle Schlesiens im preußischen Staat, ist nicht zu erkennen. Der für Oberschlesien wichtige Bergbau spielte kaum eine Rolle, was sich erst mit dem Eintritt des Freiherrn von Heynitz¹⁸⁵ (1725-1802) in den preußischen Dienst (1777) allmählich zu ändern begann. Doch zwischen Heynitz und von Reden¹⁸⁶ (-1815), dem Leiter des örtlichen Oberbergamtes, bestand eine Kontroverse über den richtigen Weg der Industrieförderung in Oberschlesien, der auch nach dem Tod des Königs 1786 bestehen blieb.¹⁸⁷

Heynitz war gegenüber Staatsbetrieben eher skeptisch eingestellt und sah sich darin mit seinem König einig¹⁸⁸, während Reden ein direktes unternehmerisches Engagement des Staates in Oberschlesien befürwortete. Nach dem Tode Friedrichs II. gelang es Reden, sich gegenüber der zögerlichen Haltung der Berliner Zentrale durchzusetzen und in Oberschlesien eine beachtliche Anzahl von Staatsbetrieben zu errichten. Erst nach dem Tode Heynitz' 1802 hatte Reden jedoch freie Hand, und erst dann war der friderizianische Merkantilismus auch in Oberschlesien gänzlich überwunden.¹⁸⁹ Allerdings trat an seine Stelle kein zukunftsweisendes liberales Wirtschaftssystem, einen solchen Weg sollten erst die preußischen Reformen der nächsten Jahre einschlagen. Reden gelang es vielmehr „zu einer Zeit, als der Staatsbetrieb fast als überwunden galt, eine große staatliche Industrie zu gründen“¹⁹⁰, d.h. eine überholte staatliche Industriepolitik zu betreiben, deren Anfänge bereits in der Mitte des 18. Jahrhunderts zu finden sind.

Während der beiden ersten Schlesischen Krieg hatte Friedrich II. bei seinen Feldzügen in Schlesien ein permanentes Versorgungsproblem mit Kriegsmaterial feststellen müssen. In Erwartung weiterer kriegerischer Auseinandersetzung gab der König daher am 1. März 1753 den Befehl, in Oberschlesien eine Eisenhütte zu errichten. Als Standort wurde ein Platz drei Meilen südöstlich von Oppeln an den Ufern der Malapane gewählt. 1754 gingen dort zwei Hochöfen mit einem Frischfeuer zur Herstellung von Waffen und Munition (Kanonenkugeln aus Gusseisen) in Betrieb. Am Ende des Krieges sank der Kriegsbedarf (Munitionsguss) und man versuchte, das Roheisen verstärkt zu Schmiedeeisen weiter zu verarbeiten. Hierfür legte man 1763 im nahegelegenen Dorf Kraschewo zwei weitere Frischfeuer an. Da die Nachfrage nach Schmiedeeisen beachtlich schien, wurde 1775 in Jedlitz, nördlich vom Hochofenwerk Malapane, ein drittes Werk, bestehend aus einem Frischfeuer sowie einem Zeug- und Zainhammer und einem Drahtzug, errichtet. 1780 wurden der Zeughammer und der Drahtzug wieder aufgegeben, jedoch ein weiteres Frischfeuer errichtet. Die weiterhin steigende Nachfrage nach Schmiedeeisen führte dazu, dass in Malapane selbst 1781 ein weiteres Frischfeuer in Betrieb gesetzt und zwei weitere 1784 im Dorf Dembiohammer angelegt wurden. Gleichwohl hatte Reden bereits 1781 angenommen, dass „für eine weitere Ausbeutung der Eisenhütten [...] nicht mehr zu sorgen, sondern [es] eher nötig [scheine], derselben Einhalt zu tun, damit nicht ein Werk das andere unterdrücke“. Und Heynitz stimmte ihm 1783 zu, dass es „zweckmäßig [sei], darin eine Einschränkung eintreten zu lassen.“ Offenbar litten die staatlichen Eisenhütten zu Beginn der 1780er Jahre bereits unter merklichem Ab-

¹⁸⁴ Vgl. Baumgart, *Annexion* (1984), 113-117.

¹⁸⁵ Zu Heynitz die *Biographie von Weber, Innovationen* (1976).

¹⁸⁶ Zu reden Perlick, *Berg- und Hüttenleute* (1953), 93-94; zu dessen Wirken in Oberschlesien: Fuchs, *Dirigismus* (1970), 57-63.

¹⁸⁷ Felsch, *Wirtschaftspolitik* (1919), 1-13.

¹⁸⁸ Felsch, *Wirtschaftspolitik* (1919), 18.

¹⁸⁹ Vgl. Kaufhold, *Wirtschaftspolitik* (2001-2003), 235-263, hier 236.

¹⁹⁰ Felsch, *Wirtschaftspolitik* (1919), 18.

satzmangel, doch hatte sich die Lage 1789 wieder konsolidiert.¹⁹¹

Beim Tode Friedrichs II. versorgten die beiden Hochöfen in Malapane genau acht Frischfeuer mit Holzkohlenroheisen. Die Werke verwandten dabei die seit langem vertraute Technologie des Erschmelzens von Roheisen mittels Holzkohle im Hochofen, der Weiterverarbeitung des Roheisens im Frischfeuer und der Formung mit einem durch Wasserkraft betriebenen Hammer. Von der modernen, in England experimentell entwickelten Eisentechnologie mit Steinkohlen und durch Puddeln war hier noch nichts zu vermelden. Erste Bemühungen zur Modernisierung der Eisengewinnung setzten dann nach 1786, also nach dem Tode Friedrichs II. ein. Die wirtschaftliche Lage der Eisenhütte Malapane war während der gesamten Zeit seit ihrer Gründung (1753), alles andere als günstig. Erst nach 1786 konnte das Werk einige Überschüsse erzielen.

In der Regierungszeit Friedrichs II. wurde mit der Kreuzburger Hütte am Budkowitz Bach im nördlichen Oberschlesien auch ein zweites Eisenwerk in der Region errichtet. 1755 war dort ein Holzkohlenhochofen mit zwei Frischfeuern fertiggestellt. Der Siebenjährige Krieg zerstörte die Hütte teilweise. Ihr Wiederaufbau wurde erst vollendet, als die Hütte zusammen mit dem Malapaner Werk 1780 aus der Verantwortung der örtlichen Behörden an das Berg- und Hüttendepartement übergang. Bis dahin war noch kein positiver Ertrag erwirtschaftet worden.¹⁹²

Aufgrund der fehlenden Überschüsse war die Finanzierung der beiden staatlichen Hütten für die Beamten nicht einfach.¹⁹³ Entgegen den ursprünglichen Zusagen waren vom König keine großen Mittel zu erwarten. Aus dem 1783 ausgewiesenen Meliorationsfond entfielen auf Schlesien etwa 120.000 Taler, die bis 1787 zum Betrieb der alten und zum Aufbau neuer Werke weitgehend aufgezehrt waren. Friedrich Wilhelm II. bewilligte 1788 anstatt der vorgesehenen 50.000 nur 20.000 Taler für die Meliorationen der Staatsbetriebe. Heynitz schlug zur Lösung der Finanzprobleme vor, die staatlichen Unternehmen der Bergverwaltung vor Ort zu entziehen und dem Finanzministerium zu unterstellen. „Der Bergbau bedarf der Unterstützung des schlesischen Finanzministeriums“ war seine Argumentation. Diesem Ansinnen widersetzte sich Berghauptmann Reden und erschloß als zusätzliche Quelle für die Finanzierung der Staatsbetriebe die Erträge aus der Blei- und Silbererzgrube in Tarnowitz (Überschüsse seit 1793).

Im Jahr des Wechsels der Regentschaft (1786), das als Endpunkt einer strikten friderizianischen Merkantilpolitik in Preußen angesehen werden kann, verfasste der zuständige Minister Heynitz einen ausführlichen Revisionsbericht über den Zustand des schlesischen Berg- und Hüttenwesens, der viele wichtige Hinweise über die Lage der preußischen Staatsbetriebe in Oberschlesien, namentlich über die Eisenhütten in Malapane und Kreuzburg liefert.¹⁹⁴ Neben allgemeinen Problemen wie den unglücklich gewählten Standort der Betriebe, die Schwierigkeit der Rekrutierung sachkundigen Personals und die mangelnde Unterstützung durch die Berliner Zentrale beklagt Heynitz vor allem die mangelnde Ertragskraft der Unternehmen:

„Große Überschüsse kann dieser Haushalt selten an Königliche Hauptkassen abliefern. Er zwackt vielmehr dafür ab, die Nation nützlich zu beschäftigen und zu bereichern, einzelne Partikulär Anlagen zu befördern, unentbehrliche Bedürfnisse für Kriegs- und Friedens-Zeiten anzuschaffen, dass dafür ehemals auswärts geschickte bare Geld dem Staat zu erhalten und selbst mit den über den Landesbedarf gewonnenen metallischen Produkten nach der glücklichen Lage der Provinzen, einen vorteilhaften Handel mit dem Ausland zu treiben.“

Lediglich aus einer streng merkantilistischen Perspektive lässt diese Form der Staatstätigkeit einen Nutzen erkennen: Die Werke schufen Arbeit und beförderten „in rauhen Gegenden Gewerbe, wo es daran fehlt, ver-

¹⁹¹ Zitate: Felsch, Wirtschaftspolitik (1919), 18.

¹⁹² Zu den beiden Werken vgl. Henderson, State (1967), 1-20, insbes. 5-8.

¹⁹³ Vgl. Felsch, Wirtschaftspolitik (1919), 19.

¹⁹⁴ Bericht über den Zustand des gesamten, besonders Schlesischen Berg- und Hüttenwesens. Breslau, den 10. Oktober 1786. GStA PK, Reg. 121, A XIX 2, Nr. 102, Bd. 1. Es handelt sich dabei um eine erweiterte deutsche Übersetzung des „Memoire sur les produits du regne mineral de la Monarchie prussienne“.

anlassen Geld in Umlauf bringen“. Neben der Beschäftigungswirkung trugen sie nach merkantilistischer Logik zur Gewinnung der erwünschten Autarkie bei, hielten das Geld in der inneren Zirkulation und vermochten durch eine zusätzliche Ausfuhr die innere Zirkulation zu steigern. Die Rentabilität der Staatsbetriebe, die Erzielung eines Überschusses über die eingesetzten Mittel, eine Abführung an den Staatshaushalt spielte für die merkantilistische Gewerbeförderung allenfalls eine untergeordnete Rolle. Die Frage, ob durch die Staats-tätigkeit möglicherweise Privaten die Chance der Entfaltung eigener Initiativen genommen wurden, stellte sich in dieser Perspektive überhaupt nicht.

Allerdings wurde darauf hingewiesen, dass in der Provinz Eisen, Kupfer, Zinn, Blei und Steinkohlen „in so großer Güte und Menge“ gefunden werden können, wie nur benötigt würden:

„durch Erzeugung dieser Metalle und Mineralien kommt vielmehr Geld in Zirkulation als durch Gold- und Silberbergbau, es werden Menschen dabei beschäftigt und der Industrie in anderen Fabriken und Manufakturen wird dadurch sehr befördert, wie solches England beweist als dessen Natur mit der Schlesischen, selbst nach dem Zeugnis der Engländer viel Ähnliches hat“.

Die preußische Verwaltung nun hatte nun das enorme Entwicklungspotential der Provinz offenbar erkannt und der Hinweis auf England zeigt deutlich die erwünschte Richtung der Weiterentwicklung. Doch 1786 war dieser Weg noch nicht beschritten, was die detaillierteren Ausführungen des Berichtes zu Oberschlesien zeigen:

„Im Oberschlesischen sind seit kurzem mehrere Steinkohlengruben aufgenommen worden, und die Einwohner dieser Provinz fangen an, diese nützliche Feuerung nach dem ihnen durch das Schlesische Ober Berg Amt gegebenen Unterricht, beim Kalkbrennen, Brauen, Brandweinbrennen, Bleichen und selbst zu Heizung der Zimmer einzuführen, um das dortige Holz zu anderen Bedürfnissen zu mehren.“

Ob zur Nutzung der neuen Energiequelle tatsächlich eine Belehrung durch das Oberbergamt nötig war und worin diese bestanden haben sollte, sei dahingestellt. Doch fand die Steinkohle als Brennstoff unzweifelhaft zunehmend Verbreitung, wovon auch die privaten Kohlengruben profitierten. Daher gab es auch vom Tarnowitzer Bergbau erfreuliches zu berichten:

„Es wird dieses Blei- und Silbererzbergwerk für Rechnung Eurer Majestät Bergwerks Meliorationskasse mit dem glücklichsten Fortgang betrieben. In einem Zeitraum nicht vollen drittehalb Jahren sind über 13.000 Zentner Bleierze aus diesem gesagten Bergwerke durch angestellte 200 meist aus fremden Staaten herbeigezogene Bergleute gewonnen, Pferdekünste zu Bewältigung der sehr häufig und beharrlichen Gruben-Wasser erbauet, Gruben und Wasserleitungen angelegt, Waschwerke vorgerichtet, binnen 4 Monaten eine große Schmelzhütte nebst dazugehörigen Magazinen und Wohnungen erbauet und überhaupt solche Anstalten mit Sachkenntnis, Eifer und Beharrlichkeit getroffen werden, dass dieser wichtige Bergbau und Hüttenbetrieb schon von jetzt an die ansehnlichen Bedürfnisse des Landes liefern, beim auswärtigen Bleihandel konkurrieren, jährlich 3.000 Mark Silber produzieren und durch eine künftige Zirkulationssumme von 50.000 Talern die ganze verarmte Gegend um Tarnowitz in bessere Aufnahme bringen wird.“

Die Arbeit in den Gruben dieses Bergwerks wurde durch die großen Wasserzuflüsse außerordentlich erschwert, die durch die drei Rosskünste, die insgesamt 84 Pferden in Gang hielten, kaum bewältigt werden konnten. Daher wurde eine englische „Feuermaschine“ angeschafft – die vielzitierte frühe Dampfmaschine, die im Sommer 1787 in Betrieb gehen sollte. Dem Bericht nach konnte diese in jeder Minute 60 Kubikfuß Wasser heben, und ihr Betrieb sollte mit jährlichen Kosten von 3.000 Talern gegenüber 14.000 Talern, die die Rorskünste verursachten, erheblich günstiger gewesen sein.

Über die oberschlesische Eisenindustrie vermeldet der Bericht, dass bei Tarnowitz jährlich 533.000 Zentner Eisenerz gewonnen wurden. Aus anderen Orten der Fürstentümer Oppeln und Ratibor kamen 177.900 Zentner hinzu, so dass insgesamt 732.900 Zentner Eisenerz gefördert wurden. Das Erz wurde in 44 Hochöfen zu 165.000 Zentnern Roheisen erschmolzen, das größtenteils in 168 Frischfeuern und Hammerwerken zu schmiedbarem Eisen weiterverarbeitet wurde. Dabei spielten die beiden staatlichen Hüttenwerke in Malapa-

ne und Kreuzburg für das oberschlesische Eisengewerbe nur eine untergeordnete Rolle und kosteten den Staat vor allem viel Geld.

„Erst die völlige Instandsetzung und Erweiterung auch zu den erforderlichen Werken der oberschlesischen Eurer Majestät zuständigen Stahl-, Eisen- und Blech-Hütten zu Krascheow, Malapane, Jedlitze, Dembyhammer, Murow und Kreuzburger Werk, welche unter der Aufsicht des Schlesischen Oberbergamtes stehen, sind an jährlichen Überschüssen und aufgenommenen Geldern 75.318 R Taler angewandt. Die Ausgabe dieser Werke betrug im abgelaufenen Etatsjahr 64.824 R Taler 20 SG. Und der Wert ihrer Produkte 91.436 R Taler 22 SG. Diese bestehen hauptsächlich aus Stahl, Gusswaren, Ammunition, geschmiedet Eisen, Blech und Schaufeln. Die Stahlfabrik zu Krascheow und Jedlitze hat erst vor anderthalb Jahren ihren Anfang genommen und ist das erste Etablissement dieser Art in Eurer Majestät Provinzen diesseits der Weser [...] Die Ammunitionsgießerei zu Malapane und aus dem Kreuzburger Werk sind in vollkommenem Stande und haben im letzten Jahr 17.069 Zentner allerlei Arten von Bomben-Kanonenkugeln und Granaten geliefert.“

Die Schilderung der Verhältnisse der preußischen Staatsbetriebe aus dem Jahre 1786 durch den zuständigen Minister bestätigt das Bild einer insgesamt wenig fortschrittlichen Industriepolitik. Nicht betriebswirtschaftliche Rentabilität, sondern staatswirtschaftliche Ziele bestimmten das Handeln des Königs und seiner Administration. Es zeigt sich daher, dass unter der Ägide des friderizianischen Merkantilismus von einer zukunftsgerichteten preußischen Industriepolitik in Oberschlesien nicht gesprochen werden kann. Die beiden Gründungen von Eisenhütten basierten auf kurzfristigen militärischen Erwägungen und ein „Fabrikensystem“ gab es in dieser abgelegenen Region überhaupt nicht. Die traditionell angelegten, technologisch eher veralteten Hütten dienten dem lokalen Bedarf und warfen keinen nachhaltigen Ertrag ab. Ihre Modernisierung erfolgte erst nach dem Ableben des Königs. Von den späteren staatlichen Projekten (Friedrichsgrube 1786, Königsgrube 1790, Königin-Luise-Grube 1791, Gleiwitzer Hütte 1796, Haupt-Schlüssel Erb-Stollen 1799 und Königshütte 1802) noch keine Rede gewesen.¹⁹⁵ Wie wenig zukunftssträchtig die frühen, friderizianischen Gründungen zudem waren, macht auch ihre geographische Lage deutlich. Sie lagen hoch im Norden Oberschlesiens, fernab von den reichen Steinkohlenfeldern des späteren oberschlesischen Industriereviers im Südosten der Region. Die Standortwahl war eindeutig von den Anforderungen der traditionellen Eisenindustrie bestimmt: Raseneisenerze, Wald und ein Bach oder Fluss zum Antrieb des Hammers. Von einem industriellen Aufschwung war in diesem entlegenen Teil Schlesiens, in Oberschlesien, bis zum Tode Friedrichs II. noch wenig zu bemerken.

Die zeitgenössischen Schilderungen aus Oberschlesien liefern daher auch ein ganz anderes Bild. Die häufig zitierte Eintragung von Johann Wolfgang von Goethe in das Buch der Tarnowitzer Knappschaft anlässlich seiner Reise zur Besichtigung der dortigen Dampfmaschine aus dem Jahr 1790 („Fern von gebildeten Menschen, am Ende des Reiches“¹⁹⁶) sagt einiges über den kulturellen Fortschritt dieses Teils der Provinz in den zurückliegenden fünf bis sechs Jahren aus. In keinem der vorfindbaren Reiseberichte wurde den Wirtschaftsförderungsmaßnahmen der preußischen Regierung bis zum Tode Friedrichs des Großen (1786) eine entscheidende Wirkung zugeschrieben. Zur Mitte des 18. Jahrhunderts waren die Verhältnisse dort nicht fortschrittlich, sondern rückständig und bedrückend, wie zeitgenössische Reiseberichte anschaulich belegen.¹⁹⁷ Ein reisender Engländer bemerkte 1774 selbst für die Leinenregionen Niederschlesiens gegenüber seiner Heimat einen Rückstand von etwa einhundert Jahren.¹⁹⁸ In Oberschlesien sah er sich ins Mittelalter, wenn

¹⁹⁵ Daher erscheint der „Erfolg“, der Aufbau eines „vielseitigen Industriekörpers“, der in der friderizianischen Zeit in seinen Grundzügen ausgeführt worden sein soll, wie Bücher, Rechts- und Sozialgeschichte (1941) behauptet, eine Konstruktion, die entsprechend dem Denken der Zeit (1941!) als eine „echte Fortsetzung der deutschen Ostkolonisation“ stilisiert wird, ebd. 2, 4.

¹⁹⁶ Czaja, Aufstieg (1936), 11. Der gesamte Eintrag lautet: „Fern von gebildeten Menschen, am Ende des Reiches, wer hilft Euch Schätze zu finden und sie glücklich zu bringen ans Licht? Nur Verstand und Redlichkeit helfen, es führen die beiden Schlüssel zu jeglichem Schatz, welchen die Erde verwahrt“.

¹⁹⁷ Dobbmann, „Das preußische England...“ (1993).

¹⁹⁸ Dobbmann, „Das preußische England...“ (1993), 2.

nicht gar in die Frühgeschichte zurückversetzt und sich mit einem „halbbarbarischen Volk“¹⁹⁹ konfrontiert. Er fand Menschen angeblich fast ohne Bekleidung vor, deren Lebensform kaum über der ihrer Tiere stehe, eine eigentümliche Sprache sprechend, die zwar Polnisch sein solle, aber von Polen nicht als solche erkannt werde. Die neue Regierung sei daher bemüht, Deutsch als Sprache einzuführen.

Die Elendsschilderungen beziehen sich zwar vornehmlich auf Oberschlesien, doch auch in den Weberdörfern Niederschlesiens standen, wie man aus anderen Quellen weiß²⁰⁰, die Verhältnisse nicht zum Besten. Die gewerbliche Wirtschaft Schlesiens zur Mitte des 18. Jahrhunderts befand sich keineswegs in einer glücklichen Lage. Eine reiche Kolonie oder gar ein preußisches „Peru“ hatte der junge König 1740 keinesfalls erworben, eher wohl ein potentiell Armenhaus, was sich dann ab Anfang des 19. Jahrhunderts deutlich abzeichnen schien.²⁰¹ Der ab 1800 einsetzende Aufschwung zu einem bedeutenden preußischen Berg- und Hüttenrevier war beim Erwerb Schlesiens zur Mitte des 18. Jahrhunderts jedenfalls noch keineswegs abzusehen²⁰², die Erwartung gar auf ein Eldorado, ein europäisches Peru, wie es der junge König hoffnungsvoll nannte, völlig unbegründet.

¹⁹⁹ Dobbmann, „Das preußische England...“ (1993), 5, 8.

²⁰⁰ Vgl. Boldorf, Leinenregionen (2006), sowie Schneer, Noth (1844).

²⁰¹ Virchow, Mitteilungen (1848), 143-322 und knappe Hinweise bei Dobbmann, „Das preußische England...“ (1993), 267-285.

²⁰² Fuchs, Dirigismus (1970).

Zitierte Literatur

- Adler, Max: Die Anfänge der merkantilistischen Gewerbspolitik in Österreich, Wien 1903
- Aubin, Hermann: Die Anfänge der großen schlesischen Leinenweberei und -handlung, in: VSWG 35 (1942), 105-178
- Aubin, Hermann: Die Wirtschaft, in: L. Petry/J.J. Menzel (Hg.): Geschichte Schlesiens, Bd. 2: Die Habsburgerzeit 1526-1740, Sigmaringen 1988, 100-132
- Baltzarek, Franz: Zu den regionalen Ansätzen der frühen Industrialisierung in Europa. Mit Überlegungen zum Stellenwert der frühen Industrialisierung im Habsburger Staat des 18. und 19. Jahrhunderts, Wien 1979
- Baltzarek, Franz: Schlesien im Übergang von der Protoindustrialisierung zur Industrialisierung, in: W. Fischer u.a. (Hg.): Wirtschaft im Umbruch. Strukturveränderungen und Wirtschaftspolitik im 19. und 20. Jahrhundert, St. Katharinen 1997, 389-404
- Baumgart, Peter: Die Annexion und Eingliederung Schlesiens in den friderizianischen Staat, in: ders. (Hg.): Expansion (1984), 81-118
- Baumgart, Peter (Hg.): Expansion und Integration. Zur Eingliederung neugewonnener Gebiete in den preußischen Staat, Köln 1984
- Der Bergbau im Osten des Königreichs Preußen. Festschrift zum XII. Allgemeinen Deutschen Bergmannstage in Breslau 1913, Bd. V: Aus der Vergangenheit des schlesischen Berg- und Hüttenwesens, Breslau 1913
- Beutin, Ludwig: Die Wirkungen des Siebenjährigen Krieges auf die Volkswirtschaft in Preußen, in: ders. (Hg.): Gesammelte Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Köln 1963, 254-283
- Blaich, Fritz: Die Epoche des Merkantilismus, Wiesbaden 1973
- Boldorf, Marcel: Europäische Leinenregionen im Wandel. Institutionelle Weichenstellungen in Schlesien und Irland (1750-1850), Köln 2006
- Born, Karl Erich: Wirtschaft und Gesellschaft im Denken Friedrich des Großen, Mainz 1979
- Breil, Hans: Friedrich August Alexander von Eversmann und die industriell technische Entwicklung vornehmlich in Preußen bis zum Ausgang der napoleonischen Ära, Diss. Hamburg 1977
- Bücher, Hans-Wilhelm: Rechts- und Sozialgeschichte des oberschlesischen Berg- und Hüttenwesens 1740-1806, Breslau 1941
- Bürgin, Alfred: Merkantilismus. Eine neue Lehre von der Wirtschaft und der Anfang der politischen Ökonomie, in: F. Neumark (Hg.): Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie, Bd. II, Berlin 1982, 9-61
- Büsch, Otto/Neugebauer, Wolfgang (Hg.): Moderne Preußische Geschichte. 1648-1947. Eine Anthologie, Bd. 2, Berlin 1981
- Croon, Gustav: Die Wirkungen des preußischen Merkantilismus in Schlesien, in: Zeitschrift des Vereins für die Geschichte Schlesiens, 42, 1908, 315-322
- Czaja, Margarete: Der industrielle Aufstieg der Beuthen-Siemianowitzer und Tarnowitz-Neudecker Linie der Henckel von Donnersmarck bis zum Weltkrieg, Speyer 1936
- Dietrich, Richard: Politische Testamente der Hohenzollern, München 1981
- Dietrich, Richard: Der preußische Staat und seine Landesteile in den politischen Testamenten der Hohenzollern, in: Baumgart, Expansion (1984), 1-31
- Dittrich, Erhard: Die deutschen und österreichischen Kameralisten, Darmstadt 1974
- Dobbelmann, Hanswalter u.a. (Hg.): „Das preußische England...“ Berichte über die industriellen und sozialen Zustände in Oberschlesien zwischen 1780 und 1876, Wiesbaden 1993
- Fechner, Hermann: Die handelspolitischen Beziehungen Preußens zu Österreich 1741-1806, Berlin 1886
- Fechner, Hermann: Die Fabrikengründungen in Schlesien nach dem siebenjährigen Krieg unter Friedrich dem Großen. Nach den Akten des Staatsarchivs und des Oberbergamtes Breslau, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft (1901), Nr. 4, 618-652
- Fechner, Hermann: Wirtschaftsgeschichte der preußischen Provinz Schlesien in der Zeit ihrer provinziellen Selbstständigkeit 1741-1806, Breslau 1907
- Fechner, Hermann: Die Wirkungen des preußischen Merkantilismus in Schlesien, in: VSWG 7 (1909), 315-323
- Felsch, Gustav: Die Wirtschaftspolitik des Preußischen Staates bei der Gründung der oberschlesischen Kohlen- und Eisenindustrie (1741-1871), Berlin 1919
- Fessner, Michael: Steinkohle und Salz. Der lange Weg zum industriellen Ruhrrevier, Bochum 1998
- Formberg: Die Entwicklung der schlesischen Bergbehörden im 19. Jahrhundert, in: Bergbau (1931), 697-730
- Freymark, Hermann: Schlesiens Wirtschaft – eine deutsche Seidenstraße, Breslau 1928
- Frahne, Curt: Die Textilindustrie im Wirtschaftsleben Schlesiens. Ihre wirtschaftlichen und technischen Grundlagen, historisch-ökonomische Gestaltung und gegenwärtige Bedeutung, Diss. Tübingen 1905
- Fuchs, Konrad: Die Wirtschaft, in: J.J. Menzel (Hg.), Geschichte Schlesiens, Bd. 3, Stuttgart 1999, 105-164
- Fuchs, Konrad: Der Einfluß der preußischen Zollpolitik auf die schlesische Spinnstoffindustrie von der Zeit Friedrich des Großen bis zum Vormärz, in: Geschichtliche Landeskunde 5,2, Wiesbaden 1969, 214-244
- Fuchs, Konrad: Vom Dirigismus zum Liberalismus. Die Entwicklung Oberschlesiens als preußisches Berg- und Hüttenrevier, Wiesbaden 1970
- Göbel, Max: Die Hirschberger Kaufmanns-Sozietät 1658-1933. Ein Ausschnitt aus der Wirtschaftsgeschichte des Hirschberger Tals, Hirschberg 1933
- Gorißen, Stefan: Vom Handelshaus zum Unternehmen. Sozialgeschichte der Firma Harkort im Zeitalter der Protoindustrie (1720-1820), Göttingen 2002
- Harnisch, Hartmut: Der preußische Absolutismus und die Bauen. Sozialkonservative Gesellschaftspolitik und Vorleistung zur Modernisierung, in: JWG 1994/2, 11-32
- Hase, Alfons: Schlesiens Landwirtschaft. Ein Gang durch die Geschichte der schlesischen Landwirtschaft von den ersten Anfängen bis zum Leistungsstand bei Beginn des Zweiten Weltkriegs. Eine agrarhistorische und agrargeographische Darstellung, Wolfenbüttel 1981
- Hassinger, Herbert: Johann Joachim Becher 1635-1682. Ein Beitrag zur Geschichte des Merkantilismus, Wien 1951

- Hassing, Herbert: Politische Kräfte und Wirtschaft 1350-1800, in: Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 1, Stuttgart 1971, 608-657
- Heckscher, Eli F.: Mercantilism, 2 Bde., London 1931
- Heckscher, Eli F.: Mercantilism, in: Economic History Review, vol. VII, 1936/37, no. 1
- Heinrichs, Carl: Der Kronprozeß. Friedrich und Katte, Hamburg 1936
- Henderson, William O.: The State and the Industrial Revolution in Prussia 1740-1870, Liverpool 1967
- Henning, Friedrich Wilhelm: Die preußische Thesaurierungspolitik im 18. Jahrhundert, in: Ingomar Bog u.a. (Hg.): Wirtschaftliche und soziale Strukturen im säkularen Wandel. Festschrift für Wilhelm Abel zum 70. Geburtstag, Bd. 2, Hannover 1974, 399-416
- Henning, Friedrich-Wilhelm: Die oberschlesische Landwirtschaft im ausgehenden 18. Jahrhundert, in: Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft, 1988/2, 33-71
- Hesse, Helge: Ökonomen-Lexikon. Unternehmer, Politiker und Denker der Wirtschaftsgeschichte in 600 Porträts, Düsseldorf 2003
- Hintze, Otto: Das politische Testament Friedrich des Großen von 1752, in: Hintze, Regierung (1967)
- Hintze, Otto: Friedrich der Große nach dem Siebenjährigen Krieg und das Politische Testament von 1768, in: Hintze, Regierung (1967)
- Hintze, Otto (Hg.): Regierung und Verwaltung. Gesammelte Abhandlungen zur Staats-, Rechts- und Sozialgeschichte Preußens, Bd. 3, Göttingen 1967
- Horrocks, John W.: A Short History of Mercantilism, London 1925
- Hubatsch, Walter: Friedrich der Große und die preußische Verwaltung, Köln 1973
- Kaufhold, Karl-Heinrich: Friderizianische Agrar-, Siedlungs- und Bauernpolitik, in: P. Baumgart (Hg.): Kontinuität und Wandel. Schlesien zwischen Österreich und Preußen, Sigmaringen 1990, 161-201
- Kaufhold, Karl-Heinrich: Preußische Staatswirtschaft – Konzept und Realität – 1640-1806, in: JWG 1994/2, 33-70
- Kaufhold, Karl-Heinrich: Schlesien 1740-1806: „Kolonie“ oder „Entwicklungszentrum“ Preußens?, in: R. Gömmel/M.A. Denzel (Hg.): Weltwirtschaft und Wirtschaftsordnung, Stuttgart 2002, 139-150
- Kaufhold, Karl Heinrich: Preußische Wirtschaftspolitik in Schlesien 1740-1914: Leistungen und Defizite, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau Bd. 42-44 (2001-2003), 235-263
- Kisch, Herbert: Die hausindustriellen Textilgewerbe am Niederrhein vor der industriellen Revolution. Von der ursprünglichen zur kapitalistischen Akkumulation, Göttingen 1981
- Klein, Ernst: Die englischen Wirtschaftstheoretiker des 17. Jahrhunderts, Darmstadt 1973
- Koser, Reinhold: Die preußischen Finanzen im Siebenjährigen Krieg, in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, Bd. 13, Berlin 1910, H. 1 u. 2.
- Koser, Reinhold: Geschichte Friedrichs des Großen, 4 Bde., Stuttgart 1912
- Kuhn, Walther: Siedlungsgeschichte Oberschlesiens, Würzburg 1954
- Kunisch, Johannes: Friedrich der Große. Der König und seine Zeit, München 2004
- Lluch, Ernst: Der Kameralismus. Ein vieldimensionales Lehrgebäude: Seine Rezeption bei Adam Smith und im Spanien des 18. Jahrhunderts, in: JWG 2000/2, 133-154
- Magura, Wilhelm: Oberschlesien und seine Landwirtschaft, Augsburg 1975
- Marperger, Paul Jacob: Schlesischer Kaufmann, oder: Ausführliche Beschreibung der Schlesischen Commerciens und deren jetzigen Zustandes, Breslau 1714
- Matis, Herbert: Philipp Wilhelm von Hörnigk. Leben, Werk und ökonomisches Umfeld, in: Matis, Hörnigk (1997), 67-135
- Matis, Herbert u.a. (Hg.): Philipp Wilhelm von Hörnigk. „Österreich über Alles“. Vademecum zu einem Klassiker absolutistischer Wirtschaftspolitik, Düsseldorf 1997.
- Mausi, Franz: Die Finanzen Österreichs 1701-1740, Wien 1890
- Michael, Ernst: Die Hausweberei im Hirschberger Tal, Jena 1925
- Mikl-Horke, Getraude: Historische Soziologie der Wirtschaft. Wirtschaft und Wirtschaftsdenken in Geschichte und Gegenwart, München 1999
- Mittenzwei, Ingrid: Preußen nach dem siebenjährigen Krieg. Auseinandersetzungen zwischen Bürgertum und Staat um die Wirtschaftspolitik, Berlin 1979
- Naudé, Wilhelm: Die merkantilistische Wirtschaftspolitik Friedrich Wilhelm I. und der Küstriner Kammerdirektor Hille, in: HZ 90 (1903), 1-55
- Nolte, Burckhard: Merkantilismus und Staatsraison in Preußen, Absicht, Praxis und Wirkung der Zollpolitik Friedrich II in Schlesien und in westfälischen Provinzen (1740-1786), Marburg 2004
- Perlick, Alfons: Oberschlesische Berg- und Hüttenleute. Lebensbilder aus dem oberschleesischen Industrieviertel, Kitzingen/Main 1953
- Petry Ludwig/Menzel, Josef Joachim (Hg.): Geschichte Schlesiens, Bd. 2: Die Habsburgerzeit 1526-1740, Sigmaringen 1988
- Pfeiffer, Ernst: Die Revuereisen Friedrichs des Großen, besonders die Schlesischen nach 1763 und der Zustand Schlesiens 1763-1786, Berlin 1904
- Pierenkemper, Toni: Das Wachstum der oberschlesischen Eisenindustrie bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts – Entwicklungsmodell oder Spielwiese der Staatsbürokratie, in: ders. (Hg.): Industriegeschichte Oberschlesiens im 19. Jahrhundert, Wiesbaden 1992, 77-106
- Pollard, Sidney: Peaceful Conquest. The Industrialisation of Europe 1760-1970, Oxford 1981
- Pounds, Norman J. G.: The Upper Silesian Industrial Region, s'Gravenlage 1958
- Pribram, Karl: Geschichte der österreichischen Gewerbepolitik von 1740 bis 1860. Auf Grund der Akten, Bd. 1: 1740-1798, Leipzig 1907
- Pribram, Karl: Geschichte des ökonomischen Denkens, 2 Bde., Frankfurt am Main 1992
- Rachel, Hugo: Der Merkantilismus in Brandenburg-Preußen, in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte. Bd. 4 (1927), 221-226, leicht gekürzt nachgedruckt in: O. Büsch/W. Neugebauer (Hg.): Moderne Preußische Geschichte. 1648-1947. Eine Anthologie, Bd. 2, Berlin 1981, 951-993
- Rachel, Hugo: Das Berliner Wirtschaftsleben im Zeitalter des Frühkapitalismus, Berlin 1931
- Ranke, Leopold von: Preußische Geschichte (in zwei Teilen hg. v. W. Andreas) Wiesbaden o.J. (1847/48)

- Rosenberg, Hans: *Bureaucracy, Aristocracy and Autocracy. The Prussian Experience 1660-1815*, Cambridge Mass. 1958
- Rynsch: Über den Erwerb von Privat-Bergregalitätsrechten durch den Staat und die gegenwärtig noch bestehenden Rechte dieser Art in Preußen, in: *Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen im Preußischen Staate* 19 (1871), 136-152.
- Schädlich, Fred: *Das Generalfeldkriegskommissariat in Schlesien 1741*, Breslau 1913
- Schmeißer: *Vergangenheit und Gegenwart. Festrede gehalten am 21. September 1911*, in: *Bergbau* (1913), 731-752
- Schneer, Alexander: *Über die Noth der Leinen-Arbeiter in Schlesien und die Mittel ihr abzuhelfen*, Berlin 1844
- Schneider, Franz: *Geschichte der formellen Staatswirtschaft von Brandenburg -Preußen*, Berlin 1952
- Schröder, Wilhelm von: *Fürstliche Rent- und Schatzkammer* (1686)
- Schulz-Briesen, Max: *Der preußische Staatsbergbau im Wandel der Zeiten. Zum Deutschen Bergmannstag*, Berlin 1933
- Senckendorff, Veit Ludwig von: *Teutscher Fürsten-Staat* (1656)
- Skalweit, Stephan: *Die Berliner Wirtschaftskrise von 1763 und ihre Hintergründe*, Stuttgart 1937
- Skibicki, Klemens: *Industrie im oberschlesischen Fürstentum Pless im 18. und 19. Jahrhundert. Zur ökonomischen Logik des Überganges vom feudalen Magnatenwirtschaftsbetrieb zum modernen Industrieunternehmen*, Stuttgart 2002
- Smith, Adam: *Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen*, München 1974
- Sommer, Luise: *Die österreichischen Kameralisten*, 2 Bde., Wien 1920/1925
- Starbatty, Joachim: J.J. Becher – ein merkantilistischer Klassiker, in: ders./J. Klaus (Hg.): *Johann Joachim Bechers Universalsystem der Staats- und Wirtschaftspolitik. Vademecum zu einem universellen merkantilistischen Klassikerm* Düsseldorf 1990,
- Streissler, Erich W. und Monika: *Philipp Wilhelm von Hörnigk und die wirtschaftstheoretischen und -politischen Vorstellungen des Kameralismus*, in: *Matis, Hörnigk* (1997), 139-224.
- Sundhoff, Edmund: *Dreihundert Jahre Handelswissenschaft. Beiträge zur Geschichte der Betriebswirtschaftslehre*, Köln 1991
- Terveen, Fritz: *Gesamtstaat und Retablissement. Der Wiederaufbau des nördlichen Ostpreußen unter Friedrich Wilhelm I. 1714-1740*, Göttingen 1954
- Treue, Wilhelm: *Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit. Im Zeitalter der Industriellen Revolution 1700-1960*, Stuttgart 1962
- Treue, Wilhelm: *Wirtschafts- und Technikgeschichte*, Berlin 1984
- Ullmann, Hans-Peter: *Der deutsche Steuerstaat, Geschichte der öffentlichen Finanzen*, München 2005
- Valloton, Henry: *Maria Theresia. Die Frau, die ein Weltreich regierte*, München 1978
- Venohr, Wolfgang: *Fridericus Rex – Friedrich der Große. Porträt einer Doppelnatur*, Bergisch-Gladbach 1985
- Virchow, Rudolf: *Mitteilungen über die in Oberschlesien herrschende Typhus Epidemie*, in: *Archiv für pathologische Anatomie und Physiologie und für klinische Medizin*, 2 (1848)
- Weber, Wolfhard: *Innovationen im frühindustriellen deutschen Bergbau und Hüttenwesen. Friedrich Anton von Heynitz*, Göttingen 1976.
- Wiegand, Peter (Bearb.): *Die Preußische Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung 1763-1865. Die Bestände in den Nordrhein-Westfälischen Staatsarchiven*, Bd. 1: *Staatsarchiv Münster*, Münster 2000
- Wischermann, Clemens: *Preußischer Staat und westfälische Unternehmen zwischen Spätmerkantilismus und Liberalismus*, Köln 1992
- Wutke, Konrad: *Die Wiederbelebung des schlesischen Bergbaus unter Friedrich dem Großen (1741-1786)* in: *Bergbau* (1913), 1-24
- Ziekursch, Johannes: *Beiträge zur Charakteristik der preußischen Verwaltungsbeamten bis zum Untergang des friderizianischen Staates*, Breslau 1907
- Ziekursch, Johannes: *Hundert Jahre schlesische Agrargeschichte. Vom Hubertusburger Frieden bis zum Abschluß der Bauernbefreiung*, Breslau 1927
- Zimmermann, Alfred: *Blüthe und Verfall des Leinengewerbes in Schlesien. Gewerbe- und Handelspolitik dreier Jahrhunderte*, Breslau 1885